

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 30. April 1892.

Insertats die viergespaltene Zeitspalt oder deren Raum 20 S. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weisenstraße 12.

Der 1. Mai.

Der Arbeiter-Weisfeiertag steht vor der Thüre. Er ist ein Tag des Friedens, ein Tag friedlicher Demonstration für die höchsten Ziele der Menschheit: Leibliche und geistige Gesundheit der Völker!

Wenn man das Geschrei der Feinde der Arbeiterbewegung betrachtet, so sollte man meinen, die Arbeiter-Maisfeier gelte dem Gedanken der Zerstörung, der Barbarei, der blinden Vernichtungswuth. Niemals hat die Welt ein infameres Schauspiel gesehen, als wir es gegenwärtig vor unseren Augen abspielen sehen. Tag für Tag bringt der Telegraph aus Spanien, Italien, Belgien, Frankreich u. ganze Spalten von Schauernachrichten über Dynamitverwundungen und Dynamit-Attentate, die alle nur als Vorberbeitungs-Grundlagen für den 1. Mai gelten sollen. Und eine gewissenlose Presse mit ihrem tausendarmigen Apparat von bezahlten Werkzeugen — ein modernes Heer von Landsknechten der Feder — verbreitet und verarbeitet alle diese Schauermärchen, um auch bei uns den Anschein zu erwecken, als sollte die von den deutschen Arbeitern allüberall begangene Maisfeier nur der Deckmantel sein, hinter dem eine ruchlose Bande von Missethättern Tod und Verderben über die Gesellschaft bringen will.

Es ist hier nicht der Ort, nachzuweisen, wie alle aus jenen Ländern gemeldeten Schauernachrichten nichts sind als das Werk einer mit gewissenlosen Mitteln arbeitenden Polizei- und Journalisten-Presse politischer Zuhälterdienste leistet. Uns genügt die Konstatierung dieser Thatsache.

Was bedeutet dieser Arbeiter-Weisfeiertag am 1. Mai?

Er soll die auf dem Pariser internationalen Arbeiterkongress 1889 gefassten und vom Brüsseler Kongress 1891 bestätigten Beschlüsse über die Nothwendigkeit der internationalen Arbeiter-schutzgesetzgebung in demonstrativer Weise als den einheitlichen Willen der Arbeiterklasse aller Länder den Regierungen zur Kenntniz bringen.

Verlangen diese Beschlüsse etwas Unmögliches oder nur Unbilliges?

Man braucht dieselben nur anzusehen, um deren Berechtigung einzusehen. Sie lauten: 1. Die Schaffung einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung für alle Länder mit moderner Produktion ist eine unabwendbare Nothwendigkeit.

Als Grundlage derselben betrachtet der Kongress:

- a) den achtstündigen Normalarbeitstag;
- b) Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und Beschränkung der Arbeit aller Minderjährigen von 14—18 Jahren auf 6 Stunden pro Tag;
- c) Verbot der Nacharbeit mit Ausnahme für jene Betriebe, welche ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern;

- d) Ausschluß der Frauenarbeit in allen den weiblichen Organismus besonders schädigenden Betrieben;
- e) Verbot der Nacharbeit für Frauen und für männliche Arbeiter unter 18 Jahren;
- f) Eine mindestens 36 Stunden hintereinander umfassende Ruhezeit pro Woche;
- g) Verbot solcher Industrien und solcher Arbeitsmethoden, welche der Gesundheit der Arbeiter besonders schädigend sind;
- h) Aufhebung des Trucksystems;
- i) Eine alle industriellen Betriebe, einschließlich der Hausindustrie, umfassende Inspektion durch staatlich besoldete Inspektoren, welche mindestens zur Hälfte von den Arbeitern selbst zu wählen sind.

II. Der Kongress erklärt es für nothwendig, alle diese Maßregeln durch Gesetze bzw. durch internationale Verträge zu sichern und fordert die Arbeiterklasse aller Länder auf, in der ihnen am geeignetsten erscheinenden Weise für die Verwirklichung dieser Forderungen einzutreten und ihre Durchführung zu überwachen.

III. Außerdem erklärt der Kongress: Es ist Pflicht aller Arbeiter, die Arbeiterinnen als gleichberechtigte Mitkämpferinnen anzusehen und dem Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Leistungen — auch in Bezug auf die Arbeiterinnen zur Geltung zu verhelfen. Als ein wesentliches zum Ziel führendes Mittel hierfür, wie für die Verwirklichung der Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse überhaupt erachtet der Kongress die Organisation der Arbeiterklasse und fordert demnach volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit.

Bestritten und streitig ist eigentlich nur die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich. Aber auch hier hat die industrielle technische Entwicklung den Feinden der Arbeiterklasse den Kampf schon sehr erschwert.

Im Grunde treffen sich in dieser Forderung zwei Weltanschauungen: die alte christliche der Entsaugung, der Entbehrung, der Knechtschaft und Unterwerfung in jeder Gestalt und die moderne des Lebensgenusses, der Menschenwürde, der Menschenbefreiung, der Freiheit Alles dessen, was Menschenantlitz trägt.

Wenn der Zweck des Lebens nur die Entsaugung, nur Dulden und Leiden, nur entbehrungsvolle Vorbereitung auf ein besseres Jenseits ist, wenn der Mensch dazu verdammt ist, wie die heilige Bibel lehrt, im Schweiß seines Angesichts sein Brod zu essen, wenn seine Arbeit verflucht ist, bloß Dornen und Disteln auf seinem Acker zu tragen, und wenn der Mensch „Erde essen soll sein Leben lang“ — dann allerdings ist die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit ein fluchwürdiges Beginnen, ein Auflehnen gegen die Gebote Gottes!

Aber — hat Gott dieses Gesetz nur für die Arbeiter gegeben?

Und die Priester, Bischöfe, Päpste? Die Grafen, Fürsten, Könige? Die Arbeitgeber und Unternehmer mit dem ganzen Stabe der schlemmenden, müßiggängerischen Aktionäre und Dividenden-schlucker? Sind diese von jenem Fluche Gottes ausgenommen?

Aber diesen Standpunkt wagen selbst die orthodoxesten Pfaffen und Dunkel-männer nicht mehr einzunehmen; dazu verirrt sich höchstens ab und zu ein Banerupfäfflein, dem die modernen Produktionsverhältnisse ein böhmisches Dorf geblieben sind!

Nein! der Mensch ist nicht der Arbeit, der Frohnde, des Glubs, der Entbehrung wegen auf der Welt! Und so lange die Prediger dieser Lehre mit feisten Bäuchen und feinen, zarten Händen zu uns kommen, wollen wir sie nicht an-hören!

Die Verkürzung der Arbeitszeit, der Achtstundentag, dem die Maisfeier in erster Linie gilt, ist eine Forderung der Humanität, der Freiheit, der Zivilisation! Und nicht bloß das; sie ist auch eine Forderung der sozialen Selbsterhaltung, eine ökonomische Nothwendigkeit.

Die Welt wird von den Folgen der Ueberproduktion und der ewigen Krisen in ihren Fundamenten erschüttert. Tausende, Hunderttausende irren von Werkstatt zu Fabrik, von Grube zu Werkstatt; sie können keine Stunde Arbeit, Verdienst finden. Und daneben sind Tausende und Abertausende gezwungen, vom Morgengrauen bis in die sinkende Nacht zu arbeiten, sich zu schinden, für ein paar Pfennige. Früh gebrochene Körper, vorzeitiges Siechtum, allzu-baldiger Tod, verkrüppelte Nachkommen-schaft — das ist der Fluch der allzu-langen Arbeitszeit!

Tausende und Hunderttausende finden keine Arbeit; die Magazine sind überfüllt, die aufgehäuften Waaren-reichtümer finden keine Abnehmer! Und Hunderttausende haben keinen Noth, kein Geld, sich zu kleiden; ohne Nahrung, ohne Obdach, sinken sie herab — zum Bagabundenthum! Und weil diese Hundert-tausende nichts kaufen können, stehen Werkstatt und Fabrik still; weil sie arbeitslos sind, können sie nichts kaufen. Weil Hunderttausende viel zu lange ar-beiten, sinkt ständig ihr Lohn; je höher die Arbeitszeit, um so niedriger der Lohn. Und der niedrige Lohn zwingt den Arbeiter wieder zur Ausdehnung der Arbeitszeit! Und die lange Arbeitszeit der Hunderttausende macht Tausende von Arbeitenden überflüssig, entbehrlich, arbeitslos. Es ist als ob die Menschheit auf hentiger Kulturhöhe mit Wahnsinn und Blindheit geschlagen wäre, daß sie diesen ewigen Kreislauf zwischen Arbeits-stockung und Arbeitslosigkeit, dieses Ver-schwimmen und Ineinander-tauchen von Ursache und Wirkung nicht sehen kann!

Und daneben erfindet jeder Tag eine neue Maschine! Jede Maschine macht so und so viele Arbeiter überflüssig! Die

Maschine füllt die Magazine in kurzer Zeit mit neuen Waaren — und schlägt zu gleicher Zeit die durch sie arbeits-berbient-, existenzlos gewordenen Käufer der Waare sozial tot!

Und warum? Weil die Vortheile der Maschine nur dem Unternehmer, nicht dem Arbeiter zu Gute kommen. Sie setzt den Unternehmer in Stand, die Löhne herabzudrücken und sogar die Arbeitszeit zu verlängern. Statt ein Kultur-mittel, eine Wohlthäterin, eine Befreierin der Menschheit zu sein, weil sie menschliche Arbeitskraft entbehrlich macht, statt daß sie dem Menschen, indem sie ihm die schwere, mühsame Arbeit abnimmt, Gelegenheit zur Ruhe, zur Bildung gibt, ist die Maschine heute ein Mittel geworden, den Menschen zu verfluchen. Und so sehr ist das Thatsache, daß sogar der Liberale Professor Brentano die Forderung aufstellt: „In demselben Maße, wie die Erfindung neuer Maschinen menschliche Arbeitskraft überflüssig macht, müssen die Arbeiter Verkürzung der Arbeitszeit fordern.“

Die Verkürzung der Arbeitszeit, der Achtstundentag, ist nicht bloß eine soziale Nothwendigkeit, um Tausenden Arbeits-gelegenheit zu geben, die Wirkungen des gesellschaftlichen Krieges in Permanenz, der Krisen, abzuschwächen, sie ist auch eine sittliche Nothwendigkeit!

Man sagt so oft: die Sozialdemokraten wollen die Ehe auflösen, die Familie zerstören. Albernese Geschwätz! Das thun die Unternehmer, die heutige Gesellschaft mit ihrer übermäßigen Arbeitszeit und ihren Hungerlöhnen. Die ökonomischen Grundlagen der bürgerlichen Familie, wie sie noch vor einem Menschenalter auch für den Arbeiter, wenn auch in kärglichem Maße vorhanden waren, sind heute von der industriellen Entwicklung hinweggeschwemmt worden. Mann, Weib und Kind sind heute vom Morgen bis zum Abend im Frohndienst des Kapitalismus. Die Familienglieder sehen sich den ganzen Tag nicht; ermüdet, erschläft vereint sie nur die Nacht; von Erziehung der Kinder, von ethischem Zusammen-leben der Gatten keine Rede — die Familie ist zerrissen; und das Loos des Proletarierweibes, der Proletarier-Mutter ist das schrecklichste. Am Tage der Sklave der Fabrikarbeit, ist sie dabei der Sklave der Familienarbeit — sie kennt nur die Nachseiten der Familie: Stummer, Krank-heit, Elend.

Sollen wir noch die Nachteile der langen Arbeitszeit in Bezug auf die körperliche Entwicklung schildern? Ein Blick auf Bourgeois und Industriearbeiter sagt uns Alles. Und die fortge-setzte Heruntersetzung des Militärmäßes bei den jährlichen Aushebungen belegt diesen Klagenchein ziffernmäßig!

Sollen wir noch davon reden, wie die wirtschaftliche Knechtung der langen Arbeitszeit die politische Bedrückung erleichtert, den politischen Stumpf-sinn der Massen bedingt? Wie die wirtschaftliche Mühe verkürzter Arbeitszeit tausend Kräfte freisetzt für die politische Freiheit?

Wir haben das heute nicht nötig! Weil die Arbeiterklasse in allen Ländern das weiß, und weil sie entschlossen ist, das Joch der wirtschaftlichen Bedrückung, der übermäßig langen Arbeitszeit abzuwerfen, daher dieser internationale Arbeiter-Weltfeiertag!

Die Malfeier, auf der einen Seite ein friedlicher Protest, ist auf der anderen Seite, durch ihre Einheitslichkeit, ihre Internationalität ein Siegesfest der Zukunft. Mag die um ihren Profit geängstigte Bourgeoisie noch so toben, mit noch so kleinlichen Mitteln augenblicklicher Gewalt die äußere Erscheinungsform zu verkleinern bestrebt sein — wo ist die Macht, den Gedanken zu erwürgen, der in Millionen von Arbeitern zur selben Stunde im brausenden Jubelruf sich äufte.

Hoch der Achtstundentag! Hoch die Internationalität der Arbeiter! Und der Gedanke wird That werden! Wenn nicht heute, so doch morgen!

Gewerkschaftliches aus der Schweiz.

In der Schweiz ist die Zentralisierung, die Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Vereinigungen zu einem einzigen Bunde in den letzten Jahren glücklich gelungen. Wo für einen Beruf mehrere Organisationen an den verschiedenen Orten bestehen, ist ein Zentralverband gegründet worden. In Verbänden organisiert sind heute die Buchdrucker, Litographen, Holzarbeiter, Metallarbeiter (inkl. Gießer und Spengler), Schuhmacher, Schneider, Glaser, Müller, Küfer, Uhrmacher, Buchbinder, Tapeziter, Zigarrenarbeiter, Faserer, Steinhauer. Die meisten dieser Verbände gehören dem Gewerkschaftsbund an, zum Theil aber auch nur die Sektionen dieser Verbände als Einzelvereine und nicht die Verbände als Ganzes. So erklärt es sich, daß nach dem soeben erschienenen Jahresberichte des Gewerkschaftsbundes demselben nur 11 Verbände und 61 Einzelvereine angehören. Unter letzteren sind allerdings auch solche, für die kein Verband besteht. Im Ganzen zählt der Gewerkschaftsbund 196 Sektionen mit 6950 Mitgliedern. Es wird jedoch dazu bemerkt, daß die gewerkschaftlichen Vereinigungen bestimmt 10,000 Mitglieder zählen und daß eben für 3000 Mitglieder keine Beiträge an die Bundeskasse bezahlt werden.

Der Sekretär des Bundeskomitees hat in der Berichtsperiode 305 Briefe und 1135 Sendungen von Zirkularen, Statuten etc. und der Kassirer über 400 Korrespondenzen etc. besorgt. In 140 Versammlungen waren Mitglieder des Bundeskomitees als Referenten thätig.

Die der schweizerischen sozialdemokratischen Partei gehörende „Arbeiterstimme“ hat die Periode der Defizite überwunden; im letzten Halbjahr machte sie einen Ueberschuß von über Fr. 600.

Der Vermögensstand der Verwaltungskasse des Gewerkschaftsbundes beträgt gegenwärtig Fr. 2965,30 und der der Referentkasse Fr. 21904,42. Die Referentkasse wurde 1886 gegründet, um eine Instanz zu bilden, die hauptsächlich berufen sein sollte, Ordnung im Streikwesen zu schaffen. Im Jahre 1887 trat sie in Kraft. In diesen fünf Jahren wurden für Streikzwecke, d. h. für Lohnkämpfe, Fr. 83285 gesammelt und ausgegeben. Auf die einzelnen Jahre vertheilt sich die Summe folgendermaßen: 1887: Fr. 28181, 1888: Fr. 14303, 1889: Fr. 18354, 1890: Fr. 14658, 1891: Fr. 5889. Zu diesen Summen kommen noch die Unterstüßungen des schweizerischen Buchdruckerstreiks mit Fr. 20396 und die obligatorischen Beiträge für den Referentfond mit Fr. 26584, so daß in fünf Jahren von den Arbeitern für Streik etc. Zwede Fr. 130,225 aufgebracht wurden. Für die deutschen Buch-

drucker wurden jüngst Fr. 4770,48 gesammelt; dieser Betrag, sowie weitere in's Ausland gefandte Beträge sind in obiger Summe nicht inbegriffen. „Schon oft wurden Stimmen des Tadelns gegen uns laut“, sagt der Bericht, „weil wir aus der Kasse Unterstüßungen in's Ausland gewährten. Dem gegenüber wollen wir erwähnen, daß das Ausland in den letzten fünf Jahren bei verschiedenen Anlässen Fr. 22000 in die Schweiz steuerte.“

Bemerkenswerth ist der Mißgang der für Streikzwecke aufgewandten Gelder. Im Jahre 1891 intervenirte das Bundeskomitee in 43 offenen Lohnkonflikten, die wie oben angeführt, nur Fr. 5889 Ausgaben erheischten. Dieses günstige Resultat wird damit erklärt, daß das Bundeskomitee seinen ganzen Einfluß geltend machte, damit nicht aus Ursachen, die nur auf die Kurzsichtigkeit der Arbeiter in Beurtheilung der allgemeinen Geschäftslage zurückzuführen, die größten und kostspieligsten Streiks entstanden. Dabei kamen dem Komitee seine eigenen langjährigen Erfahrungen sowie die der früheren Referentkassen-Kommission sehr zu Statten. Das Komitee hat die Wahrnehmung gemacht, daß Hungerlöhne, ungebührliche Behandlung etc. seitens des Unternehmers von den Arbeitern lange Zeit geduldet ertragen wurden, um dann gerade in dem Moment als unerträglich erklärt zu werden, wo die Situation zum Losschlagen am allerungünstigsten war. „Gewiß sind Streiks nicht unter allen Umständen zu verwerfen, sie sind ein gewaltiges Agitationsmittel und stärken den Korps- und Klassengeist, aber sie sind eine schwer zu handhabende Waffe und wirken, unzeitig angewendet, demoralisirend, besonders auf die unentschiedenen Elemente.“

Unter den 50 im Berichte detaillirt angeführten Lohnkonflikten sind auch eine Anzahl, welche die Maschinen- und Metallindustrie betreffen. Da ist zunächst der Gießerstreik von Oberburg. Die Forderungen waren: 1. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit; 2. Minimallohn per Stunde 35 Cts.; 3. 10 Proz. Lohnerhöhung und Preisbestimmung bei Affordarbeit.

Eine Einigung durch Vermittelung wurde nicht erzielt, indem die Herren Unternehmer nach der Kündigung der Arbeiter mit einer schwarzen Liste an die Gießerstreikbesitzer in der Schweiz antworteten. Es blieb nichts anderes übrig, als den Streik zu erklären, welcher in Bezug auf die Forderungen der Arbeiter resultatlos verlief. Die Arbeiter mußten unterstüßt werden, bis dieselben anderswo unterkamen. Die Unternehmer ihrerseits ließen sich's viel kosten, um andere Arbeitskräfte zu erhalten. Der eigentliche Streik dauerte sechs Wochen. Das Geschäft wurde für ein halbes Jahr blockirt, die Organisation vernichtet.

Der Lohnkonflikt der Schlosser in Lausanne verlief für die Arbeiter durchaus günstig. Es war aber auch freudig, mitzumachen: der letzte Mann war in der Organisation. Durch Vermittelung der Referentkasse und Herrn Großrath Jacottet gelang es, die zehnstündige Arbeitszeit, 10 Proz. Lohnerhöhung, für Ueberstunden 15 Proz., für Sonntagsarbeit 20 Proz. Lohnzuschlag zu erringen. Bei Arbeiten außerhalb Lausanne volle Bepflegung. Affordarbeit ist grundsätzlich abgeschafft und nur mit Einwilligung des Arbeiters statthaft.

Der Erfolg war ein vollständiger, ja es wurde dem Vertreter der Referentkasse im Rathhaussaale, wo die Unterhandlungen gepflogen wurden, der Dank und die Anerkennung von Seite der Unternehmer ausgesprochen, und daß sie bei allen dergleichen Vorkommnissen die Referentkassenkommission beziehen und anerkennen werden. Der Schlosser-Fachverein Lausanne bezahlte die Delegationskosten selbst.

Die Feilenhauer in Winterthur eröffneten den Streik im Jahre 1891. In Folge fortwährendem Herunterdrücken der Löhne kamen die Arbeiter trotz anstrengender Arbeit kaum noch auf einen Taglohn von 3 Fr. Die Unternehmer nahmen sich die fortwährenden Reklamationen zu Herzen, machten einen Preisauflage von 35—40 Cts. pro Meter, gaben aber den Arbeitern nur 5 Cts. mehr. Dies hatte nach und nach eine Erbitterung hervorgerufen, so daß die Arbeiter mit einem Tarif vortraten. Eine Delegation gab den Arbeitern die Rathschläge zum Vorgehen, um einem eventuellen Streik vorzubeugen. Die Arbeiter waren aber unter sich nichts weniger als einig, so daß von einem großen Erfolge nicht die Rede sein konnte.

Der Schriftführer des Vereins berichtete uns, daß im Durchschnitt 30 Cts. pro Tag Erhöhung errungen sei; wir hätten sie eben im Stiche gelassen! Ein Sündenbock muß ja immer sein, wenn, wie uns berichtet wurde, der schändliche Egoismus die Triebfeder gewisser Mitglieder war, die sich zufrieden gaben, als ihnen ein Brocken zufiel.

Die Arbeiter von der Firma Martini & Cie. in Frauenfeld wandten sich an uns wegen fortwährenden Lohnreduktionen. Eine Delegation fand leider nicht die geringste Organisation vorhanden, doch gelang es bei diesem Anlasse, zunächst eine Metallarbeiter-Gewerkschaft zu gründen und ist uns aber seitdem nichts Näheres mehr bekannt geworden.

Die Schmiede und Wagner in Chur verlangten: 1. Normal-Arbeitszeit (10 1/2 Stunden); 2. Sonntagsarbeit abzuschaffen; 3. Ueberstunden 30 Prozent Zuschlag; 4. alle 14 Tage Zahltag.

Indem in dieser Branche noch so recht patriarchalische Zustände herrschten und die Unternehmer noch mehr als anderswo sich selbstherrlich fühlten, führten auch die Unterhandlungen durch uns am Platze zu keinem Resultate. Von 27 Arbeitern gehörten 23 der Organisation an und es wurde deshalb zum Streik geschritten, der nach fünfzätigem treuen Zusammenhalten und Eingreifen von Arbeiterfreunden für einmal zu unsern Gunsten, mit vollem Siege der Arbeiter endigte. Alle Forderungen wurden bewilligt.

Die Schlosser in Chaux-de-Fonds,

Table with 10 columns: Berufskategorie, Zahl, Vertheilung der Arbeitszeit, Höherer Lohn, Vertheilung des Preiswerts, Vertheilung der Löhne, Durch Streik erzielte, Durch Vermittelung, Mit Erfolg, Ohne Erfolg. Rows include Bauhandwerker, Metallarbeiter, Textilarbeiter, Schneider, Zigarrenmacher, Schuhmacher, Uhrmacher, Schmiede und Wagner, Gärtner, Sattler.

Das Bundeskomitee gelangt auf Grund seiner jahrelangen und reichen Erfahrungen bei Lohnkonflikten zu folgenden Schlüssen: 1) Es entscheidet nicht die Gerechtigkeit der Arbeiterforderungen bei Streiks, sondern die Macht. 2) die Arbeiter haben die Macht der Organisation noch nicht in ihrem vollen Umfange begriffen, sonst müßten wir ganz andere Resultate zu verzeichnen haben. Gelingt es, die Arbeiter in den nationalen Verbänden tüchtig zu organisiren, so dürfte der Zeitpunkt nahe sein, wo die Arbeiterschaft, wenn auch getrennt marschirend, doch vereint zu schlagen im Stande sein wird, weil dann die Machtverhältnisse zu unserem Gunsten entschieden sind.

neu organisiert, wagten den Kampf für 10 Stunden Arbeitszeit, 40 Cts. Minimallohn und 20 Cts. für Ueberstunden. Ein zufällig anwesender Delegirter von uns fand die Situation günstig und versprach der jungen Organisation hauptsächlich bezwogen moralische Unterstützung, weil von 36 dort beschäftigten Schlossern 33 dem Vereine angehörten. Der Kampf dauerte länger als man vermuthete. Wer will uns tadeln, wenn wir einsehen, daß nur mit finanzieller Mithilfe ein Sieg errungen werde, was auch in agitatorischer Hinsicht in Beziehung auf die französisch sprechende Arbeiterbevölkerung von größter Wichtigkeit war. Und in der That, nach 14 Tagen festem Zusammenhalten mußten die Unternehmer nachgeben und sämtliche Forderungen bewilligen.

Die Maschinenfabrik Muesmatt, Bern, machte den Arbeitern wiederholt Lohnabzüge, weshalb sich diese beschwerten. Vermittelungen waren ohne Erfolg. Wegen allgemein schlechtem Geschäftsgang wurde von energischem Vorgehen Abstand genommen. Die Zeit kommt, wo die erstarkte Organisation die Scharte auswehen wird.

Die Dreher in Uzwil erblickten in der Kündigung ihres Präsidenten eine Maßregelung, weil derselbe im Geschäft wegen ungleicher Bezahlung vorstellig geworden war. Untersuchungen unsererseits ergaben, daß in Folge schlechten Geschäftsganges gewissen Spezialisten gekündigt wurde. Ein wenig Absicht mag wohl mit unterlaufen sein, allein die Thatsache stand fest, daß wenige geschäftliche Aufträge vorhanden waren.

Ein weiterer Fall ist wegen seiner prinzipiellen Bedeutung bemerkenswerth. In Affoltern a. A. (Kanton Zürich) weigerten sich in einer Fabrik mehrere Arbeiter, Ueberzeitarbeit zu leisten. In Folge dessen wurde ihnen gekündigt und ihr Lohn Guthaben zurückbehalten. Das davon in Kenntniß gesetzte Bundeskomitee strengte vor Gericht einen Prozeß an, der zu Gunsten der Arbeiter entschieden wurde. Der kapitalistische Versuch, entgegen den klaren Bestimmungen des Fabrikgesetzes die Arbeiter zu Ueberzeitarbeit zu zwingen, wurde durch die gerichtliche Entscheidung zurückgewiesen.

Die am Schlusse des Berichtes gegebene tabellarische Uebersicht über die vorgekommenen Lohnkonflikte bietet folgendes Bild:

Die Schäden am alten Gesellschaftskörper und die Spuren der Arme des Neuen.

Die fünf Milliarden 692,918,798 M. der preussischen Staatsschuld repräsentiren zu ihrem ungeheuren überwiegenden Theile eine Summe Geldes, welche die oberen Zehntausend in ihrer Eigenschaft als Unternehmer von den Arbeitsträgern des armen arbeitenden Volkes auf ihre Seite zu bringen verstanden haben, — nur ein ganz verschwindend kleiner Theil davon besteht aus dem Ertrage irgend einer Art eigener Arbeit seitens der Herren Kapitalisten selbst.

Die Kapitalisten leihen den besitzlosen Arbeitern die Arbeitsmittel und lassen sich dafür in Gestalt des Kapitalprofits einen Tribut zahlen, der ihre Kapitalien, trotzdem diese zur Arbeit gebraucht und fortzeugend verwertet werden, nicht nur in ihrem vollen Umfange erhält und dabei den Kapitalbesitzern ein im Wesentlichen arbeitsloses Leben ermöglicht, sondern der in steigendem Maße zur Vermehrung der Kapitalien dient.

So bewährt sich das kapitalistische Wirtschaftssystem als eine Produktionsart zur dauernden und wachsenden Ausbeutung und Ausbeutung der armen Arbeitenden durch die reichen Nichtarbeiter, — und das ist eine Eigenthümlichkeit dieser Wirtschaftssysteme, die am unzweifelhaftesten und unerschämtesten bei den Aktienunternehmungen zu Tage tritt.

Die Staaten der Gegenwart haben sich in ihrer historisch gewordenen Verkehrtheit dem Wirtschaftssystem angepasst. Alle die modernen „Rechtsstaaten“, — in unserem speziellen Falle der preussische Staat — enthüllt sich durch nichts so sehr, wie durch das Staatsschuldenwesen als eine Einrichtung zur Erhaltung, zum Schutz und zur Vermehrung der Güter eines winzigen Bruchtheiles der Bevölkerung.

Die modernen Staaten greifen der herrschenden Wirtschaftsweise helfend unter die Arme, und — wenn nicht a priori — von vornherein, nach Ueberlegung und Vorabrechnung, — so doch a posteriori — hinterdrein, an der Hand der Ersparungsmaßnahmen — zu dem Zwecke, die von der glücklichen Minorität bei Seite gebrachten Kapitalien zu erhalten und thunlichst zu vermehren, haben sie jene ungeheuren Geldsummen, welche die Staatsschulden bilden, angeblich und vermeintlich zu allgemein nutzbringenden Zwecken geliehen und nöthigen nun die Masse ihrer Angehörigen, also wiederum die arbeitenden Armen, den Reichen für das Herleihen dieser den Armen entzogenen Summen noch in Gestalt der Zinsen jahraus jahrein weiteren Tribut zu zahlen.

Die Staatsschulden gehören zu den Hauptgliedern der Reichen, mit denen die Armen an die Triumphwagen der Reichen gefesselt sind, und unter deren Last sie schier zusammenbrechen.

Die Verzinsung der Staatsschuld stellt die Maschinerie dar, mit Hilfe deren die Masse der armen und arbeitenden Staatsangehörigen zu Gunsten der besitzenden Wenigen wie die Zitronen ausgepreßt wird.

Aber nicht nur der preussische Staat und neben ihm die übrigen deutschen Bundesstaaten, sondern auch das deutsche Reich als solches und abgesehen von den Einzelstaaten hat Schulden. Und von den kleineren Gemeinwesen haben die Provinzen ebenso wie die Städte, vorzugsweise natürlich die großen Städte, Schulden kontrahirt.

Die gesammten Reichs-, Staats- und Gemeindefschulden belaufen sich in Deutschland auf mindestens 12 Milliarden Mark und davon werden etwa 9 Milliarden mit 4 Prozent, etwa 2 Milliarden mit 3 1/2 und rund 1 Milliarde nur mit 3 Prozent jährlich verzinst. Darnach beträgt die Zinslast, welche die Staatsangehörigen Jahr für Jahr aufzubringen haben, nicht weniger als 450 Millionen Mark.

Aber auch damit ist die finanzielle Belastung der besitzlosen Arbeitenden noch lange nicht erschöpft. Fast ebenso ungeheuerlich sind die Eisenbahnschulden, deren Verzinsung erfolgt durch die vom Güter- und Personenverkehr herrührenden Einnahmen der Eisenbahnen. Daß auch hier der weitüberwiegende Theil der Einnahmen beigesteuert wird von der Masse der sogenannten kleinen Leute, ist selbstverständlich. Die Passagiere der dritten und vierten

Wagenklasse, die Verbraucher der Güter des Massenkonsums sind in diesem Falle die Meistbesteuerten.

Die Eisenbahnkapitalschuld in Preußen beträgt nach Abzug aller derjenigen Summen, welche zu den vorhin angeführten Staatsschulden gehören, 5 Milliarden 192,482,258 Mark und 43 Pfg., und diese kolossale Summe wird durch die Eisenbahnschulden der kleinen Staaten, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen u. s. w. auf wenigstens 8 Milliarden Mark vermehrt. Dieser Schuldbetrag erhöht seinerseits die Schuldbürde, welche das deutsche Volk zu tragen hat, von 450 Millionen auf mehr als 750 Millionen jährlich aufzubringende Zinsgelder.

Aber so sehr sich auch der ganz unglaublich hohe Zinstribut in seinen feineren Verzweigungen und Ausläufern der endgiltigen alle seine Ersparungsformen erschöpfenden Feststellung entzieht, sind wir dennoch selbst am Ende der offenkundigen Hauptinstitutionen zur Zinsplünderung des Volkes noch bei weitem nicht angelangt.

Eine Hauptinstitution dieser Art tritt uns entgegen in den oben bereits erwähnten Aktienunternehmungen. Das Gesamtkapital der deutschen Aktiengesellschaften, welche im Jahre 1887/88 Bilanzen veröffentlicht haben, betrug 4876 Millionen Mark. Dementsprechend werden wir nicht fehlgehen, wenn wir die jetzt in Betracht kommende Summe auch hier auf 5 bis 6 Milliarden Mark annehmen. Und wir können mit völliger Sicherheit, ohne Besorgnis zu hoch zu greifen, annehmen, daß die Dividendenbeträge, welche diese Aktiengesellschaften jährlich einbringen, eine Zinslast von 4 bis 500 Millionen Mark umfassen, die sich auf die Abnehmer der Produkte der fraglichen Unternehmungen und die bei derselben beschäftigten Arbeiter vertheilt.

Die von uns in Vorstehenden angeführten Zinsplünderungsinstitute beanspruchen zusammen ungefähr einen jährlichen Zinstribut von 1200 Millionen Mark, der sich in Deutschland auf etwa 12 Millionen allgemein nutzbringend thätiger Menschen vertheilt.

Wie schon gesagt, sind hiermit nur verschiedene der wichtigsten Einrichtungen, welche den Zweck oder den Erfolg der Zinsplünderung der Vielen durch die Wenigen haben, aufgeführt. Das gesammte Hypothekensystem z. B., das auch noch ganz riesenhafte Kapitalien und Zinssummen umfaßt, ist dabei noch gar nicht erwähnt.

Kann man sich von den oben angeführten 1200 Millionen Mark auf jeden der etwa 12 Millionen nutzbringend beschäftigten Menschen in Deutschland ein Zinstributanteil von 100 Mark jährlich, so kann man ohne Weiteres annehmen, daß sich diese Summe auf das Doppelte, wenn nicht auf noch viel mehr steigern würde, wenn wir in der Lage wären, die Beträge der übrigen zinsbringenden Einrichtungen festzustellen.

Und nun nehmen wir die übrigen Staats-, Gemeinde- und Kirchenkosten hinzu, — bis in's Unendliche, fast Unbegreifliche steigt alsdann die den Massen der besitzlosen und thätigen Volksgenossen aufgebürdete Last der regelmäßigen Gemeindegeldgaben. Der allergrößte Theil derselben ist aber ganz überflüssig und fällt in der sozialistischen Gesellschaft von selbst fort. Von den Ausgaben für's Militär kann von vornherein allerhöchstens nur ein Viertel übrig bleiben, auch wenn die Nationen vorderhand alles aufwenden würden um sich wehrhaft zu erhalten. Die noch viel riesigere Zinslast der Staats- und privaten Schulden muß aber vom ersten Moment der Existenz einer sozialistischen Gesellschaft an wegschallen, — also dieser gewaltigste aller Theile der heute vorhandenen Volkslasten verschwindet, nicht wie die Militäraus-

gaben, vielleicht nur zu drei Vierteln, sondern gänzlich.

Die neuen Fabrikordnungen,

welche von den Herren „Arbeitgebern“ auf Grund der neuer Reichsgewerbeordnung erlassen werden, zeugen hier und da von einer so krassen Unkenntniß der einschlägigen Bestimmungen, daß es sich doch der Mühe verlohnt, auf eventuelle gesetzwidrige „Ordnungs-Paragrafen“ hinzuweisen. Die Herren fordern mit ihren „Erlassen“ nicht allein die Kritik der Arbeiter und ihrer Presse heranz, sondern sie veranlassen damit gleichzeitig die Gewerbebehörde, daß sie von dieser über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen befehrt werden. Ob dies freilich in dem Maße geschehen wird, als es seitens der Arbeiter wünschenswerth erscheint, muß abgewartet werden. Jedemfalls aber haben die Arbeiter die Pflicht, die Gewerbebehörden auf gesetzwidrige Bestimmungen in den Fabrikordnungen aufmerksam zu machen und nicht zu ruhen, bis diese „richtig“ gestellt sind.

Eine Fabrik-„Ordnung“, so recht nach dem Geiste des Proletenrechts angefaßt, hat die Firma: Maschinenfabrik Michael in Döhlen bei Dresden aufgestellt.

Da ist in § 7 bestimmt: Die Fabrikglocke gibt das Zeichen zum Beginn und Ende der Arbeit. Bei dem Zeichen zum Arbeitsbeginn haben sich die Arbeiter auf ihren Arbeitsplätzen einzufinden, die Arbeit zu beginnen und solche unverbrochen fortzusetzen, bis das Zeichen zum Arbeitschlusse ertönt.

Wer zu spät kommt oder die Arbeit vor dem Glockenzeichen verläßt, wird mit 10—50 A bestraft.

Dem Arbeiter wird es damit gewissermaßen zur Pflicht gemacht, bei der Arbeit ein recht heiteres Gesicht zur Schau zu tragen. Ein Zahnschmerz, Kopfschmerz oder fureurender Magen, welche ihrer Natur nach ein verbrießliches Gesicht erzeugen, dürfen den Arbeiter nicht besorgen, er muß stets bei guter Laune sein. Damit aber diese „gute Laune“ nicht etwa ausarte, ist in § 15 die weise Bestimmung getroffen:

„In allen Arbeitsräumen und Werkstätten muß stets Ruhe und Stille herrschen. Es darf nicht gesungen, gepfiffen und unnütziges Geschwätz geführt werden. Streng verboten ist das Zusammenstehen mehrerer Arbeiter während der Arbeitszeit an den Schleifsteinen.“

Was unter „unnütziges Geschwätz“ verstanden sein soll, ist nicht recht klar; nur so viel ist uns klar, daß die Bestimmung: „unnütziges Geschwätz“ darf nicht geführt werden, ein unnütziges Geschwätz ist.

§ 12 bestimmt: Jeder Arbeiter ist für das ihm anvertraute Werkzeug verantwortlich; dasjenige Stück, welches nicht bei jeder Anforderung vorgezeigt werden kann, muß der Arbeiter ersetzen, wenn es nicht durch den Gebrauch abgenutzt ist. Die abgenutzten Gegenstände sind beim Umtausch abzuliefern.

Das dem Arbeiter übergebene Arbeitsbuch ist in dem Werkzeugkasten oder Kasten aufzubewahren und darf nicht mit nach Hause genommen werden. Alltäglich ist früh bis spätestens nach dem Frühstück die Arbeit des vorhergehenden Tages einzutragen. Zuwiderhandlungen und Unterlassungen werden bestraft. Nach Arbeitschluß ist das Werkzeug in dazu bestimmte Schränke oder Kästen zu verschließen und der Arbeitsplatz abzuräumen.

Hier fehlt die gesetzliche Bestimmung in § 134 b Abs. 1, 4 der Gewerbeordnung, welche besagt, daß Art und Höhe der Strafen bestimmt festzusetzen sind.

§ 17. Das Stauchen im Innern des Fabrikfabrikaments, also auch auf dem Fabrikhofe, ferner das Mitbringen von

geistigen Getränken in die Fabrik ist strengstens verboten. Zuwiderhandelnde werden in Strafe bis zu 1 M genommen.

§ 18. Niemand darf eigenmächtig etwas aus dem Magazin holen, sondern muß es sich von dem über das Material gesetzten Aufseher geben lassen. Die Meister haben hierüber strenge Kontrolle zu führen und Uebertreter zur Bestrafung anzuzeigen.

§ 19. Veruntreuungen an der geringsten Art, insbesondere Weiseseigenschaften von Materialien haben vorbehaltlich des zu leistenden Ersatzes und der durch die Strafgesetze vorgeordnete Abhandlung sofortige Entlassung zur Folge.

Es ist eines Jeden Pflicht, bemerzte Veruntreuungen sofort anzuzeigen und hat sich ein Jeder der Leibesvisitation zu unterwerfen.

§ 20. Verunreinigungen jeder Art werden bestraft; die Verunreinigung der Abtritte fällt dem letzt Besuchenden zur Last, wenn er nicht zuvor von der vorgefundenen Verunreinigung Anzeige gemacht hat.

Unnütziges Verweilen und Umherstehen in den Abtritten und Bissoirs wird bestraft.

Auch bezüglich der angeordneten Bestrafungen in §§ 18 und 20 entbehrt die „Ordnung“ der gesetzlichen Bestimmungen.

Es ist jedenfalls eine angenehme Situation, wenn Jemand in „arge Noth“ gerathen, am Aborte wieder umkehren und „Anzeige“ erstatten muß, wenn er zufällig den „Abort“ „zu vor“ verunreinigt findet. Was bei Ausübung dieser „Pflicht“ unter Umständen geschehen könnte, wollen wir nicht weiter ausführen.

Doch alle vorhergehenden Bestimmungen dieser „Arbeits“-Ordnung werden in den Schatten gestellt durch den § 23, welcher also lautet:

„Streng verboten ist der Besuch von sozialdemokratischen Versammlungen, ob solche als Partei- oder Fachversammlungen angekündigt werden. Ebenso ist das Halten und Lesen der „Arbeiter-Zeitung“ oder sonstiger sozialdemokratischer Schriften, das Mitbringen solcher in das Fabrikgrundstück, die Weiterverbreitung derselben, die Agitation unter den Mitarbeitern für die sozialdemokratischen Ideen, das Aufheben gegen die bestehende gesellschaftliche Ordnung und gegen das Verhältnis zum Arbeitgeber, verboten.“

Auf jede Zuwiderhandlung folgt die sofortige Entlassung.

Ferner ist der Besuch der „Nothen Schänke“ und auf Anregung der Arbeiter auch der „Krug zum grünen Kranze“, beide in Döhlen gelegene Lokale, zu vermeiden.“

Der Döhlener Fabrikpacha hat vielleicht den § 134 b letzter Absatz der Gewerbeordnung gelesen, ihn aber nicht verstanden, resp. denselben nach seinem „Verständniß“ ausgelegt. Der betreffende Paragraph lautet:

„Dem Besitzer der Fabrik bleibt überlassen, neben dem in Absatz 1 unter 1 bis 5 bezeichneten noch weitere die Ordnung des Betriebes und das Verhalten der Arbeiter im Betriebe betreffende Bestimmungen in die Arbeitsordnung aufzunehmen. Mit Zustimmung eines ständigen Arbeiterausschusses können in die Arbeitsordnung Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter bei Benutzung der zu ihrem Besten getroffenen, mit der Fabrik verbundenen Einrichtungen, sowie Vorschriften über das Verhalten minderjähriger Arbeiter außerhalb des Betriebes aufgenommen werden.“

Bestimmungen also, die das Verhalten der volljährigen Arbeiter außerhalb des Betriebes betreffen, sind unzulässig.

Wir können der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ nur zustimmen, wenn sie zu diesem Fabrikanten-Kraze sagt:

„Wie sagt wohl solch' ein Mensch, wie dieser Fabrikant, des Verhältniß eines Unternehmers zum Arbeiter an? Betrachtet er die Arbeiter vielleicht als sein

Eigentum? Wie kommt dieser Mann dazu, zu sagen: „Ihr Arbeiter dürft die und die Versammlungen nicht besuchen, ihr dürft die und die Schriften nicht lesen!“? Und da wollen blöde Ideologen noch reden von Freiheit; einer Freiheit, die unser kostbarstes Gut sei und die wir nicht aufgeben wollen um das Binsengericht eines erträumten Volkensündenheims, vulgo sozialdemokratische Gesellschaft, und wie die Phrasen alle heißen mögen, die man täglich hören kann, wenn gedankenlose Schwärmer über den „Zukunftstaat“ herziehen.

Noch eins: wenn wir eingangs gesagt haben, daß es Pflicht der Arbeiter sei, über alle ungesetzlichen Bestimmungen in den Fabrikordnungen den Behörden Anzeige zu erstatten, so könnte diese Mahnung an sich als überflüssig erscheinen, da die „neuen Fabrikordnungen“ den zuständigen Behörden zur Genehmigung vorzulegen sind. Dennoch halten wir unsere Mahnung für nicht überflüssig, aus Gründen, die wir augenblicklich für uns behalten. Notwendig ist aber auch, daß die Arbeiter Alles und Jedes, welches ihnen in den „Ordnungen“ nicht zulässig erscheint, zur Kenntniß der Arbeiterpresse bringen, damit Klarheit für die Arbeiter geschaffen und den Fabrikanten und Unternehmern der Spiegel ihrer eigenen Gesinnung vorgehalten werden kann.

Konferenz

der freien eingeschriebenen Hilfs- und auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Krankenkassen.

Hamburg, 19. April 1892.

Die Konferenz wurde hier heute Morgen 8 1/2 Uhr von Blume in „Berlitz Feensaal“ mit einigen Dankesworten an die Erschienenen für die rege Betheiligung und mit dem Hinweis eröffnet, daß es sich nur um eine Besprechung darüber handle, ob die freien Kassen unter den durch die Novelle zum Krankenkassengesetz neugeschaffenen Bedingungen auch fernerhin dem § 75 des genannten Gesetzes genügen wollen oder nicht. Zum provisorischen Vorsitzenden wird Blume, zum Schriftführer Deisinger gewählt. Die Feststellung der Präsenzliste ergibt, daß 65 Kassen durch 73 Delegirte vertreten sind. Eine große Anzahl Delegirter ist von auswärts anwesend, darunter auch ein solcher, welcher die Krankenkasse des Evangelischen Männer- und Jünglingsvereins vertritt, die ihren Sitz in Berlin hat. Die Wahl eines definitiven Bureaus ergibt, daß Blume und Niemeyer als Vorsitzende, Grünwaldt, Legien und Zaffe als Schriftführer und Zillig und Fräschorf als Führer der Rednerliste zu fungieren haben.

Nachdem die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt, referirt Deisinger über das Fortbestehen der freien Kassen. Er weist darauf hin, daß wohl kaum jemals die Beratungen eines Besetzungswurfs mit solcher Spannung verfolgt worden seien, als die der Novelle zum Krankenkassengesetz. Die von den freien Kassen zu dieser Novelle gemachten Vorschläge seien leider nicht von den Gesetzgebern berücksichtigt worden. Trotzdem brauche man nicht zu glauben, daß die Existenz der freien Kassen nun ganz unmöglich sei. Ganz so schlimm, wie die Novelle aussieht, ist sie doch nicht. Wir haben uns dem Hilfskassen- und dem Krankenkassen-Gesetz angepaßt und hoffen, daß wir uns auch mit den neuen Bestimmungen der Novelle abfinden werden. In § 6 des Kr.-K.-G. wird jetzt auch verlangt, daß freier Arzt und freie Medizin vom Beginn der Krankheit gewährt wird, aber jetzt muß diese Leistung nicht nur für 12, sondern eventuell für 26 Wochen gewährt werden. Nach § 6a kann jetzt die Benutzung bestimmter Ärzte, bezw. bestimmter Apotheken z. b. vorgeschrieben und in gewissen Fällen von Nichtbeachtung naturlicher Vorschriften eine Strafe bis zu 20 Mk. angesetzt werden. § 7 erleichtert die bisherigen Bestimmungen, nach welcher Verhelferthe von der Kasse in's Krankenhaus verwiesen werden können. Die Weibepflicht nach § 49a, beim Auscheiden aus der Kasse oder dem Uebertritt in eine andere, wird freilich eine unangenehme und zeitraubende Arbeit verursachen, ebenso die nach § 75b verlangte Ummeldung durch Unfall-Eintrafter an die Berufsgenossenschaften. § 76c verlangt jetzt die Zahlung von Krankengeld an durch Unfall Verletzte vom Tage des Krankengeldbezuges ab für 13 Wochen, während das Unfallversicherungsgesetz und die bisherigen Bestimmungen diese Zahlung nur vom Beginn des Unfalles an verlangen. Durch die jetzt vor-

gesehene häufigere Einsichtnahme der Blücker durch die Behörden dürfte eine Störung in den Kassengeschäften eintreten, die auch nicht zu den Annehmlichkeiten der Novelle zu rechnen ist. Ein Vortheil ist es für die Kassen, daß sie etwa verhängte Strafen vom Krankengeld in Abzug bringen können. Der neue § 75 verlangt im ersten Absatz, daß die dem Gesetz genügenden Kassen jetzt auch außer dem § 6 dem § 7 des Gesetzes Rechnung tragen. Die in § 6a vorgeschriebenen Leistungen brauchen sie nicht zu gewähren, aber unter allen Umständen haben sie vom Beginn des Krankengeldbezuges an Arzt und Medizin (nicht ein Äquivalent dafür) zu gewähren. Nach dem zweiten Absatz des § 75 muß jedes Mitglied einer freien Kasse so hoch versichert sein, daß es die Leistungen der Gemeindeversicherung bekommt. Bei Zureise sind ihm 14 Tage Zeit gewährt, um sich so hoch zu versichern. Bei Doppelversicherungen kann eine Kasse statt Arzt und Arznei ein Viertel des ortsüblichen Tagelohns für Tagelöhner gewähren. Nach § 75a ist nunmehr die Bescheinigung nicht mehr von der Landesbehörde, sondern von Reichskanzler zu erteilen, wenn der Wirkungskreis der Kasse die Landesgrenze überschreitet. § 75b gibt jetzt den freien Kassen eine größere Sicherheit, da die Bescheinigung der Behörde genügt, um den Ortskrankenkassenvorständen z. jedes Einspruchsrecht bezüglich der Genehmigung der Kassen oder dagegen, daß die Kassen dem § 75 genügen, zu nehmen. Im Großen und Ganzen, schließt Redner, ist die Novelle nicht so schlimm, als vielfach besprochen worden ist. Am wenigsten werden die Kassen darunter zu leiden haben, deren Mitglieder zum größten Theil noch in Zwangskassen versichert sind. Da jetzt für die Leistungen der Kassen der Tagelohn an dem Orte maßgebend ist, an dem die Mitglieder wohnen, so wird es sich für jede Kasse darum handeln, sich über diesen Sohn an den einzelnen Orten zu informieren. Aber der hier geltende Satz wird wohl kaum an einem Ort überschritten werden. Solche Eventualität sollte man aber bei Einrichtung der Beitragskassen in's Auge fassen. Die auf dem Krankenkassen-Kongreß in Berlin mit der Ausarbeitung eines Normalstatuts, den neuen Verhältnissen angepaßt, betraute Kommission legt jetzt ein solches vor. Dasselbe ist jedem Delegirten eingehändigt worden. Man möge sich nun das Passende für jede Kasse herausnehmen. Redner hält es für praktisch, daß die Kassen ihre neuen, der Novelle angepaßten Statuten erst am 1. Januar n. J. in Kraft treten lassen, da ja noch die Ausführungsbestimmungen für die Behörden abzuwarten seien. Eine Altersgrenze für den Beitritt bittet die Kommission beizubehalten und zwar aus kassentechnischen Gründen und weil selbst das Gesetz erlaubt, Beitrittslustige vom Eintritt in die Zwangskassen abzuhalten, wenn sie an Gebrechen leiden und die Armenbehörde sich mit der Abweisung einverstanden erklärt. Die Kassen könnten sonst zu sehr ausgebentet werden. In Bezug auf die Beiträge ist Redner der auf Grund seiner Berechnungen gewonnenen Meinung, daß für Zentralkassen die Gewährung von Arzt und Arznei einen Wochenbeitrag von 20 J pro Kopf erfordern wird. Von einer Karenzzeit, nach welcher erst mehr als die Mindestleistung gewährt wird, glaubt Redner ebensowenig abrateln zu können, als davon, daß eine Kasse länger als 13 Wochen freien Arzt und Arznei gewährt. Doch komme dies auf die Verhältnisse in den einzelnen Kassen an. An Stelle der ordentlichen Gerichte, bei welchen Meinungsverschiedenheiten zwischen Vorstand und Mitgliedern zum Austrag zu bringen sind, schlägt die Kommission Schiedsgerichte vor. Redner schließt mit dem Wunsche, daß es auch unter den neuen Verhältnissen den Kassen gelingen möge, die segensreichen Wirkungen der freien Kassen aufrecht zu erhalten.

In der Diskussion erhält Niemeyer zunächst das Wort und empfiehlt das Fortbestehen der freien Kassen. Die streitige Frage sei doch hauptsächlich die, ob die Kassen freien Arzt und Arznei gewähren könnten, ohne zu sehr belastet zu werden. Die Zimmererkasse habe diese Leistungen schon eingeführt und bestehe sehr gut dabei. Welche Vortheile würden uns denn Zuschüsse gewähren? Die nicht in zwei dem Gesetz genügenden Kassen Versicherten würden beim Eingehen einer Kasse nicht in die Zuschußkasse, sondern in eine andere dem Gesetz noch genügende eintreten. Wir haben noch sehr viel Anhänger der freien Kassen.

v. Elm hält es nicht für möglich, daß die Hilfskassen unter den neuen Verhältnissen weiter bestehen können. Die Zimmererkasse sei nicht für alle anderen maßgebend. Wir werden den Kampf gegen die Zwangskassen verlieren, höchstens in größeren Städten könnten wir noch vegetiren. Von den 800,000 Mitgliedern der freien Kassen leben allein 200,000 in Hamburg. Er habe den Optimum der meisten Anwesenden nicht. Die Absicht bei Abfassung der Novelle war, die freien Kassen zu Tode zu kurieren. Gelingt

dies jetzt noch nicht, so wird es später geschehen. Wir können in den Ortsklassen auch etwas leisten. Das Interesse an den freien Kassen ist im Abnehmen begriffen, darum ist auch die Theilnahme an den Versammlungen der freien Kassen eine so furchtbar geringe. Weßhalb sollen wir auf das Drittel, welches die Arbeitgeber zu den Beiträgen zu zahlen verpflichtet sind, verzichten? Für die Gewerkschaftsbewegung haben die Hilfskassen fast gar keine Bedeutung gehabt. Redner hält auch die Zuschußkassen für zwecklos. Die Zuschüsse sollen von den Gewerkschaften gezahlt werden, dadurch würden diese gestärkt werden. Die Verwaltung der Kassen unter den jetzigen Verhältnissen sei viel zu theuer. Wir werden uns noch einige Zeit hinhalten können, um schließlich doch zu unterliegen. Redner empfiehlt, die Kassen aufzulösen und das Geld für die allgemeine Arbeiterbewegung zu verwenden. Stoberg-Wandsbel will die freien Kassen aufrecht erhalten wissen. Theiß-Hamburg ist ebenfalls gegen den seiner Meinung nach vergeblichen Kampf der freien Kassen gegen die Ungunst der Verhältnisse. Ist jetzt nicht mehr wahr, was wir seit Jahren in der uns zugänglichen Presse gepredigt, nämlich, daß wir unter den jetzt Gesetz gewordenen Bestimmungen nicht mehr bestehen können? Wir müssen es, von unserem radikalen sozialpolitischen Standpunkt aus betrachtet, eigentlich mit Freuden begrüßen, wenn wir alle nur in einer Kasse wären. Zuschußkassen ließe er sich aber doch gefallen, denn die Leistungen der Zwangskassen reichen nicht aus. Er empfiehlt eine einzige Zuschußkasse für ganz Deutschland. In den Ortsklassen, in die wir dann doch eintreten werden, können wir den Sauerteig bilden, der sie durchbringt und ihre Umbildung veranlaßt. Da es inzwischen Mittag geworden ist, tritt Schluß der Vormittagsitzung ein.

Die Nachmittagsitzung wird um 2 1/4 Uhr von Niemeyer eröffnet. Nach Erlebigung einiger geschäftlicher Mittheilungen, u. A. eines Schreibens des Direktors vom Reichstage, wonach der Bundesrath die Novelle angenommen hat und damit alle die bezüglichen Petitionen erledigt sind, erhält Dießgen-Hamburg das Wort. Derselbe stellt sich ebenfalls auf den Standpunkt v. Elm und Theiß. Er hält eine Verstaatlichung aller Kassen für richtig. Von allgemein menschlichen Standpunkt aus betrachtet, seien die staatlichen Kassen besser als die freien Hilfskassen. Wir nehmen nicht Alles auf, was unseren Kassen betreten will, das müssen aber die staatlichen Kassen thun. Zu Grunde gehen müssen die freien Kassen doch, also lösen wir sie lieber gleich auf. Sollte man dafür aber doch nicht zu haben sein, dann plädiere er für Errichtung einer einzigen Zuschußkasse.

Blume-Hamburg will auch einmal die Lichtseiten der Novelle hervorheben. Zunächst wolle er einmal einige Unrichtigkeiten seiner Vorredner richtig stellen. Die Ortsklassen können ebenfalls Beitrittslustige abweisen, wenn diese nicht versicherungspflichtig sind. Von den 78,000 Mitgliedern der Zentralkassierklasse sind 6400 nicht versicherungspflichtig. Würden aber die nicht in Arbeit stehenden mitgerechnet, dann wäre die Zahl größer. Zwei Drittel aller Mitglieder sind nur in der Tischlerkasse, ein Drittel ist auch noch in anderen Kassen versichert. Die von Theiß gelieferte Leichenrede der Kassen trifft ebenfalls nicht zu; Theiß kennt die Motive nicht, welche die Kommission zu ihrer Stellungnahme bewegen haben. v. Elm bestritt, daß die Kassen für die Gewerkschaftsbewegung nützlich gewesen. Das sei aber auch nicht ihr Zweck gewesen. Die Pflichten, welche die Novelle jetzt den Kassen auflege, kenne er, Redner, sehr genau. Die freien Kassen hätten diese aber früher geübt, ehe der Staat sie verlangte. Wir wollen aber sehen, ob wir unseren Mitgliedern nicht die ihnen angelegten Fesseln erträglich machen können. Unerträglich sind sie nicht. Wir haben kein Recht, unseren bisherigen Mitgliedern ihre jetzige Versicherung aufzuheben. Eine höhere Belastung der Mitglieder wird eintreten; aber das, was bei uns Schaiten werden soll, ist bei den Zwangskassen auch Schaiten. Die Kosten für Arzt und Arznei, welche in Zukunft die Kassen tragen sollen, haben jetzt die Mitglieder aus der eigenen Tasche zu zahlen. Die Lokalkassen werden ebenso von den Bestimmungen der Novelle betroffen werden, wie die Zentralkassen.

Heine erklärt, daß er genau dieselbe Stellung einnehme, wie v. Elm und Theiß. Die Kassen werden für die Dauer nicht erlöschungsfähig sein. Die sozialpolitischen Gesetze, wie Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invaliditäts- und Altersversicherung, gehören zusammen, deswegen nähmen die freien Kassen eine Sonderstellung ein. Diese ganzen Gesetze lassen sich überhaupt, wie sie jetzt sind, auf die Dauer nicht halten, innerhalb der nächsten zehn Jahre müßten dieselben schon ganz anders aussehen. Außerdem wäre durchaus keine Ursache vorhanden, den Arbeitgebern das Drittel der Beiträge zu schenken. Die großen Zentralkassen werden

es wohl noch einige Jahre durchsehen, zu existiren. Von den kleinen Zentralkassen wäre es nicht denkbar. Man jage, die kleinen Kassen sollten den großen beitreten; jedoch glaubt Redner, daß es nicht durchzuführen sei, da zu viel Interessenten vorhanden seien, die danach streben, ihre Existenz zu erhalten. Gegen die Schaffung einer großen, einzigen Zuschußkasse müsse er sich auch erklären, da die Verwaltung eine verhältnißmäßig theure sein würde. Gegen die Schaffung der Zuschußkassen seitens der Gewerkschaften habe er nichts; im Gegentheil, er müsse sich dafür erklären.

Deisinger erklärt sich gegen eine Vereinigung von Kassen. Sei das Bedürfnis dazu vorhanden, dann komme es ohne die Initiative der Vorstände. Er hält die berufliche Organisation auch der Krankenkassen für notwendig. Verbände zur gemeinsamen Beschaffung von Arznei zc. würden von selbst kommen. Eine einzige Kasse würde dann auch nicht existenzfähig sein, wenn es die einzelnen nicht sind. Sollten wir aber den Herren, welche freie Kassen nicht wollen, den Gesäulen ruhen und unsere Kassen jetzt auflösen? Damit würden wir nur die ganze Arbeiterchaft schädigen; man würde glauben, jeder Stoß an unseren Institutionen bringe diese zum Umfallen. Man solle doch den Nutzen der Kassen für die Gewerkschaftsbewegung nicht unterschätzen. Wolle man die Zuschüsse zu den Leistungen einer Zwangskasse von der Gewerkschaft geben, dann hätten die Mitglieder nicht den geringsten Rechtsboden, um ihre Ansprüche geltend zu machen; den hätten sie aber in den Krankenkassen. Ehe wir von Staatswegen genügenden Zuschuß bei Krankheiten bekommen, können wir lange warten; das Auflösen unserer Kassen wird das nicht beschleunigen. Warum räumt man den freien Kassen nicht dieselben Rechte ein, wie den Zwangskassen? Wenn unsere Ideen in Bezug auf die Staatsleistungen im Allgemeinen zum Durchbruch gekommen sind, dann allerdings brauchen wir unsere Kassen nicht mehr, heute sind wir es aber der ganzen Arbeiterbewegung schuldig, unsere Kassen noch aufrecht zu erhalten.

Grünwaldt hält den Zeitpunkt für Auflösung der freien Kassen nicht für günstig, da man diese noch bis vor Kurzem als ausgezeichnet empfohlen habe. Könnten denn die freien Kassen überhaupt nicht mehr existiren oder wollen einige Kassen, die vor dem Bankrott stehen, die günstige Gelegenheit benutzen und ihre Institution grade jetzt auflösen lassen? Wer für Auflösung gesprochen, habe wohl nicht alle Verhältnisse in Betracht gezogen. Man möge nun aber mit den ökonomischen Erörterungen aufhören und Positives beschließen.

Uhlig-Chemnitz befürchtet den moralischen Schlag, den man mit der Auflösung bekommen würde. Man habe bisher bestehen können und würde sich auch den schärferen Bestimmungen anpassen können. Wünschenswerth wäre es, wenn die Kassen und ihre örtlichen Verwaltungstellen unter einander Verträge zur billigen Beschaffung von ärztlicher Hilfe und Arznei abschließen würden. Fräschorf-Dresden hält auch die fernere Existenz der freien Kassen unter den neuen Verhältnissen für gesichert. Treibe man uns in die Ortsklassen und würden wir dort den Herren lästig fallen, dann würde man uns auch da durch Gesetze das Leben sauer machen.

Zaffe-Offenbach ist ebenfalls der Meinung, daß das Auflösen der freien Kassen ein Fehler wäre. Wir könnten in den Zwangskassen lange nicht das Maß von Selbstverwaltung haben, als es von einigen Rednern angeführt und es in den freien Kassen möglich ist. Wenn wir Arzt und Arznei gewähren müssen, so wird die Ausgabe nicht höher werden, als sie es jetzt bei dem Viertel des ortsüblichen Tagelohns ist. Wenn einzelne kleine Kassen nicht bestehen können, dann empfehle er deren Zusammenschluß in berufsgenossenschaftliche Kassen.

Auf Antrag tritt Schluß der Debatte über die Frage ein, ob es zweckmäßig sei, die freien Kassen fortbestehen zu lassen oder aufzulösen. Es folgen dann noch einige persönliche Bemerkungen. Darauf wird über einen Antrag Deisingers abgestimmt, welcher folgendermaßen lautet: „Die Konferenz ist der Ansicht, daß auch unter den neuen Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes ein Weiterbestehen der freien Kassen sehr wohl möglich ist und erwartet deshalb, daß die freien Kassen ihre Thätigkeit wie bisher so auch fernerhin fortsetzen werden.“ Diese Abstimmung soll aber keineswegs für die Vorstände bindend sein, da in dieser Sache ja doch endgiltig die Mitglieder zu beschließen haben. Der Antrag wird mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

Jäger-Altona beantragt, einer Vereinbarung aller freien Kassen zuzustimmen. Nachdem Jäger seinen Antrag empfohlen, indem er für Beitritt zu dem Krankenkassen-Verband plädiert, erklärt Grünwaldt, daß er es für die Aufgabe des Kongresses ansehe, darüber Beratungen zu pflegen, wie man am besten

für alle Zentralkassen Arzt und Arznei beschaffen könne.

Begien ist der Meinung, daß bebauerlicher Weise die Klassen rein geschäftliche Angelegenheiten sind. Die Mitglieder stimmten sich deshalb gar nicht darum. Im U.brigen ist er ebenfalls für Verschmelzung aller Klassen.

Uhlitz und Tillig sprechen in gleichem Sinne.

Jäger meint, man solle erst alle Zentral- und alle Lokalkassen verschmelzen, dann würde auch bald eine Verschmelzung aller Klassen herbeigeführt werden. Die weitere Debatte ergibt nichts Neues. Die Abstimmung über den Antrag Jäger ergibt dessen Ablehnung. Blume theilt nun mit, daß die Ausgaben für die Konferenz 160 M betragen. Er schlägt im Namen der Kommission vor, daß Klassen über 50,000 Mitglieder 30 M, über 30,000 15 M, über 20,000 10 M, über 10,000 M 7,50, über 5000 5 M und bis zu 1000 M 1,50 zahlen müßten. Darauf erfolgt Schluß der Sitzung.

Hamburg, 20. April 1892.

Die Sitzung wird Morgens gleich nach halb 9 Uhr von Niemeyer eröffnet.

Nach Belesung der umfangreichen Protokolle der gestrigen Sitzungen bemerkt Niemeyer, daß v. Elm sich wohl gestern verprochen habe, als er behauptete, von den Hamburger Arbeitern seien 200,000 in freien Klassen verübert. Das sei doch sicher unmöglich, da Hamburg nur 240,000 Einwohner (v. d. Med.) habe.

Es wird nun in die Beratung folgender von Begien eingebrachter Resolution eingetreten:

„Die Konferenz der Vorstände der freien Hilfskassen erkennt an, daß die neuen gesetzlichen Bestimmungen die Zentralkassen mehr belasten werden, als dieses bisher der Fall war. Diese Mehrbelastung kann jedoch dadurch aufgehoben werden, daß die einzelnen Klassen untereinander in nähere Beziehung treten und in Form eines Verbandes oder von Kartellverträgen gemeinsame Einrichtungen treffen. Diese Kartellverträge sind dahin abzuschließen, daß

- 1) die Mitglieder der freien Klassen an einem Orte den Vertrauensarzt gemeinsam wählen, resp. Vereinbarungen mit den Apotheken treffen.
- 2) allmählig eine gleiche Verwaltung und eine gleiche Einrichtung der Verwaltungsmaterialien herbeigeführt werden;
- 3) die Beiträge und Leistungen der Klasse nach gleichen Grundsätzen bemessen werden;
- 4) die Mitglieder der freien Klasse bei Ortswechsel in eine andere Klasse eintreten können, ohne daß es weiterer Formalitäten bedarf.

Die Ausarbeitung von Bestimmungen in diesem Sinne ist unverzüglich von der vom Kongreß gewählten Kommission zu besorgen und den einzelnen Klassen zu unterbreiten.

Die anwesenden Vertreter verpflichten sich, auf den Generalversammlungen der resp. Klassen für Durchführung dieser Kartellverträge einzutreten.

Niemeyer erläutert, wie die Zentralkasse der Zimmerer mit Ärzten kontrahirt hat. Man sei dabei von dem Grundsatz ausgegangen, die Ärzte gleichmäßig zu honorieren. Die Klassen dürften nicht verlangen, daß ihre Mitglieder einen bestimmten Arzt konsultieren, oder man brauche von Seiten der Klasse dann die Arztrechnung nicht zu bezahlen, wenn der Arzt nicht ein solcher ist, mit dem die Klasse kontrahirt hat. Anerkennen müsse man aber deren Mittelste zc. Man habe auch mit Sanitäts- und ähnlichen Vereinen Abkommen getroffen und könne ein solches Vorgehen nur empfehlen. Die Arztfrage sei Vertrauenssache und man solle den Mitgliedern möglichst weit entgegenkommen. Berufsclassen halte er für das Praktischste.

Röppe-Allona theilt mit, daß die von ihm vertretene Klasse nicht nur schon vor Jahren freien Arzt und Medizin, sondern auch Unfallkassen, Eisbeutel zc. den Mitgliedern gewährt und sich gut dabei gestanden habe. Die Ausgaben für Arzneihonorare hätten pro Kopf und Jahr 3 M betragen. Die Arzneien wären im Anfang allerdings theurer gewesen, da die Emballage der Arzneien manchmal mehr kostete, als die Arzneien selbst. Es hätte viel Mühe gekostet, diese Liebelstände abzuschaffen; man hätte den Apothekern erst mit Volksversammlungen drohen müssen, ehe sie die theueren Emballagen wegließen und die Arzneien um so viel billiger lieferten. Dann müsse man auch mehr darauf halten, daß die Ärzte mehr Arznei für den Handverkauf verordnen. Man zahle jetzt pro Kopf und Jahr für Medizin noch nicht ganz 79 s.

Robert-Wandsbeck spricht sich in ähnlichem Sinne aus, während Fräsdorf-Wesden es nicht empfehlen kann, die Ärzte mit Pauschalsummen zu

honorieren, sondern sie nach Konsultationen zu bezahlen. Er wünscht, daß die Tischlerklasse, als die größte und weitverbreiteste, die Anbahnung von Abmachungen mit Ärzten und Apothekern vornehmen und die örtlichen Verwaltungen dieser Klassen dazu veranlassen würde.

Begien hat von der Kommission, welche das Normalstatut auszuarbeiten sollte, eigentlich eine andere Vorlage erwartet. Nach den Erklärungen Deisingers befürchte er, daß die Anarchie in den Klassenverhältnissen bestehen bleiben wird. Wenn wir heute nicht Kartellverbindungen oder die Schaffung von Klassenverbänden mit möglichst einheitlichen Bestimmungen beschließen, dann ist die ganze Konferenz resultatlos verlaufen. Er empfehle die Annahme seiner Resolution, in welcher Kontrahierung mit Ärzten und Apothekern vorgeschlagen wird. Bestimmte Direktiven lassen sich hier nicht geben, das müsse einer kleineren Personenzahl überlassen bleiben, aber die Grundzüge müßten hier festgelegt werden. Heute bestünde leider noch eine nicht empfehlenswerthe Abfallart unter den Vorständen der Klassen, welche er beseitigt wünscht. Auch das sei eine Notwendigkeit, Bestimmungen zu treffen, nach welchen Mitglieder einer Klasse ohne Weiteres mit vollen Rechten in eine andere eintreten könnten. Dann kommen wir doch noch zu einer einzigen Klasse.

Grünwaldt hält die Vorschläge Begiens deshalb für unbrauchbar, weil die Bestimmungen und die Verhältnisse der einzelnen Klassen zu verschiedenartig sind. Einen gemeinsamen Verband könne man wohl schaffen, der die Auszahlung von Krankengeld an Mitglieder verschiedener Klassen vornimmt und dann mit den Klassenvorständen abrechnet. Wel versprechen könne er sich aber davon nicht. Die von Begien beabsichtigte Abfallart treffe bei den Hamburger Vorständen nicht zu. Die tausenden regelmäßig in gemeinschaftlichen Sitzungen ihre Erfahrungen aus und berietlichen über alle Vorschläge, die von einzelnen Verwaltungsbearbeitern u. s. w. gemacht werden. Das empfehle er allen Vorständen, dann ließen sich praktische Verträge mit Ärzten und Apothekern treffen. Ferner solle man auch Statistiken über alle Klassenverhältnisse aufstellen und gegenseitig austauschen.

Deisinger vermahnt die Kommission gegen den Vorwurf, daß sie ein Statut vorgelegt habe, ohne dies als mustergültig anzusehen. Die Kommission glaube, daß sich an ihrer Arbeit immer noch Verbesserungen vornehmen ließen. Sie selbst habe das vorgelegte Statut so gut gemacht, wie sie es eben gekonnt habe. Die Begien'schen Vorschläge halte er ebenfalls, wie Grünwaldt, für vorläufig undurchführbar. Er halte die berufliche Organisation der Klassen für die zur Zeit beste, glaube aber auch noch nicht einmal, daß sich das schon erzielen ließe. Das von Begien vorgeschlagene Verrechnungswesen sei gesetzlich gar nicht zulässig. Man wisse, um etwas zu erreichen, einen dem § 35 des Hilfskassengesetzes entsprechenden Verband bilden. Man solle nur nicht etwa die für Arzt und Arznei aufzubewahrenden Kosten zu gering veranschlagen. Orts-, Betriebs- u. s. w. Klassen haben nach einer amtlichen Statistik vom Jahre 1888 pro Kopf und Jahr im Durchschnitt über 2,50 für Arzt und ca. 1,50 für Arznei aufgewendet. Diese Summen variiren aber je nach den einzelnen Orten ganz bedeutend. Für Hamburg betrug die Ausgabe für ärztliche Hilfe 1,87, für Arznei 1,13 bei Orts-, dagegen 3,43 für Arzt und 2,19 für Arznei bei Betriebsklassen. Man solle also ja nicht etwa die Kosten nach den Verhältnissen einer Klasse bemessen, man könne sich sonst erheblich verrechnen. Auf keinen Fall solle man zu niedrige Beiträge festsetzen.

Jacobs-Hamburg hält ebenfalls die von Begien empfohlene engere Verbindung für undurchführbar. Bei Gewerkschaften ginge eine solche Verschmelzung eher an, als bei Krankenkassen, da hier zu sehr mit dem Materialien zu rechnen hätten. Die Verhältnisse der Zentral-Tischlerklasse, die Medner eingehend schildert, führten ihn zu seiner Ansicht. Man hätte in diese Klasse außer den Tischlern Arbeiter aller Berufe aufgenommen, aber nicht die besten Erfolge in pekuniärer Beziehung erzielt. Um heute etwas Positives zu schaffen, solle man ein gemeinsames Vorgehen in Bezug auf die Ärzte- und Apothekerfrage beschließen. Alle Möglichkeiten, z. B. mit Kranken Einzelmitgliedern, ließen sich auch durch den Begien'schen Vorschlag nicht beseitigen, weil diese Mitglieder meistens an Orten sich befänden, an denen überhaupt keine freien Klassen beständen oder örtliche Verwaltungen stellen hätten. Die Tischlerklasse würde ihre Statutenbestimmungen dahin treffen, daß sie Rechnungen von Ärzten nur in der Höhe honoriren werde, wie dies gegenüber den von der Klasse angeheuerten Ärzten geschieht.

Niemeyer, der sich im Sinne der letzten Vorredner ausspricht, meint, man hätte alle Ursache, noch mehr für den Beitritt Indifferenter zu den freien Klassen ihrer Be-

rufe zu agiliten, anstatt von Auflösung u. s. w. zu reden.

Grünwaldt beantragt, die Statutenausarbeitungs-Kommission mit der Ausarbeitung eines Klassenverbandsstatuts zu beauftragen und empfiehlt die Annahme seines Antrages.

Nachdem Begien berichtet, daß er von einer gemeinsamen Berechnung zwischen den Klassen gar nicht gesprochen, solche auch nicht beantragt habe, wird der Antrag Grünwaldt in der Weise einstimmig angenommen, daß ein Verbandsstatut ausgearbeitet und die Gründung eines Verbandes vorgenommen werden soll. Dies soll von den Einberufern der Konferenz geschehen.

Die Resolution Begien ist damit gefallen.

Röppe theilt noch mit, daß man sich über die Preise aller Arzneien sehr genau informieren könne und zwar durch das in Medmeier's Verlag in Hannover erscheinende Buch: „Entscheidungen über das Apothekengewesen“, das zu einem billigen Preise zu beziehen ist.

In eine Verathung über das Normalstatut wird nicht eingetreten; Blume schließt deshalb die Konferenz um 11 1/4 Uhr, indem er der Hoffnung auf ferneres Gedeihen der freien Klassen Ausdruck gibt.

Zum Schluß wollen wir noch bemerken, daß der Redakteur des „Sozialpolitischen Zentralblattes“, Dr. Braun, den Verhandlungen der Konferenz mit großer Aufmerksamkeit folgte und jedem Teilnehmer derselben einige Exemplare dieser Wochenschrift zur Verfügung stellte.

Korrespondenzen.

Formen.

Höchst a. M. Der Zugzug von Formern ist ferngefallen. Einem Formner wurden von einem Artikel, wofür es 80 s gab, 15 s abgezogen, ohne daß ihm vorher Mittheilung gemacht wurde. Der Formner erhob Protest, worauf Entlassung folgte.

Münchberg. Die Section der Formner hielt am 3. April im Gasthaus zum „Wilden Mann“ in Wöhrd ihre ordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Tagesordnung: 1) Protokollgenehmigung. 2) Berichterstattung des Delegirten Epplein vom Halberstädter Kongreß. 3) Arbeitsnachweis und Verbergsweisen. 4) Verschiedenes. Epplein erstattete zum ersten Punkt einen ausführlichen Bericht über die Beschlüsse des Halberstädter Kongresses. Besonders hob er die Verhandlungen des Spezialkongresses hervor, sowie den Bericht des Hauptvorstandes über die Einnahmen und Ausgaben und den gegenwärtigen Mitgliederstand. Die Organisationsfrage sei darnach für uns gelöst. Kollege Baumert berichte die Kollegen auf, treu zum Verband zu halten. Beh spricht für die ausführliche Berichterstattung dem Delegirten seinen Dank aus. Zum dritten Punkt erklärte der Bevollmächtigte, daß es eine allgemeine Klage sämtlicher Sectionen sei, daß der Arbeitsnachweis nicht richtig eingehalten werde, er sprach sich aber für Beibehaltung desselben aus. Betreffs des Verbergsweises gab derselbe kund, daß bereits eine Herberge vorhanden sei, es ist dies das Lokal „Goldener Anker“ in der Bergstraße, dessen Besitzer sich verpflichtete, für gute Betten zu sorgen, welchem er auch bereits nachgekommen ist. Nach längerer Diskussion über Beibehaltung des Arbeitsnachweises stellte Kollege Epplein den Antrag, denselben laut Kongreßbeschlusse aufrechtzuerhalten, was nebst Anerkennung der Herberge angenommen wurde. Bei Verschiedenes berichtete der Bevollmächtigte die Handlungsweise des Fabrikbesizers H. Kleß (Ked), daß sich derselbe unterfing, einigen Kollegen für Fehlgang Abzüge in der Höhe von 5 M zu machen. Er ersuchte die anwesenden Werkstattkollegen um nähere Aufklärung, um Stellung nehmen zu können. Der geschädigte Kollege Ehr. bestätigte, daß sie am Ausschuss kein Verschulden haben, was die übrigen Kollegen ebenfalls bezeugten. Derselbe reklamierte gegen seinen Abzug, wobei ihm von Seite des Vorgesetzten erwidert wurde, daß Unstimmigkeit Jeder, welcher einen Ausschuss mache, Abzug oder Entlassung erhalte. Mehrere Kollegen sprachen sich dahin aus, in diesem Falle baldige Remedur zu schaffen, um weiteren Nachahmungen vorzubeugen. Der Vorgesetzte verpflichtete sich, die Sache in die Hand zu nehmen. Nach längerer Debatte wurde die folgende Resolution des Kollegen Beh einstimmig angenommen: „Die heute im Gasthaus zum „Wilden Mann“ in Wöhrd tagende Mitgliederversammlung der Section der Formner findet die Manipulation des Fabrikbesizers H. Kleß (Firma Ked) für unstatthaft und soll gegen denselben in gerechter Weise vorgegangen und vorläufig die Sperre verhängt werden.“ Nach Erledigung der Tagesordnung schloß der Vorsitzende die aninirte Versammlung.

Gelbgießer und Gürtler.

Hamburg. (Deutscher Metallarbeiterband.) Eine Mitgliederversammlung der Section aller in Gelbgießereien, Gürtlereien und Metalldrehereien beschäftigten Arbeiter fand am 6. April bei v. Salzen statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Hat die Gewerkschaftsbewegung eine Zukunft?“ erhielt Genosse Grünwaldt das Wort. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe in interessanter Weise und erntete am Schluß seines Vortrages reichen Beifall. Darauf berichtete Gruber von der letzten Versammlung des Gewerkschaftskartells. Bei der Debatte über die Maßfeier sprachen mehrere Kollegen für Erhebung einer Maßsteuer zur Deckung der noch vorhandenen Schulden der Hamburger Gewerkschaften. Die Delegirten des Kartells wurden von der Versammlung beauftragt, in der nächsten Kartellversammlung für die Maßsteuer einzutreten. Alsdann wurde von Alcy die Abrechnung über den Betrieb von 30- und 50 Pfennigmarken verlesen. Es wurde gerügt, daß einige Werkstätten sich wenig oder gar nicht an dem Betrieb der Marken beteiligten, so u. a. die Schmelzwerke Werkstätte, dieselbe, die früher immer in den Versammlungen als „Musterwerkstätte“ hingestellt wurde, jetzt aber soweit sei, daß sämtliche Arbeiter bis auf einen, sich von jeder Arbeiterorganisation fern hielten. Nachdem noch einige Kollegen zu der Abrechnung gesprochen, wurden zum hiesigen Punkt die auszuführenden Mitglieder der Arbeitsnachweis-Kommission durch Neuwahl erwählt. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten erledigt, erfolgte Schluß der Versammlung.

Klemmer.

Braunschweig. Am 3. April sprach in Bethmann's Hotel in einer öffentlichen Versammlung der Klemmer u. v. d. Genosse Wegger aus Hamburg über die deutsche Ge-

Witwenkassen. Wenn wir heute über die Bestimmungen der Zunftler recht herzlich lachen können, so thut es eben in der Natur der Sache; anders aber gestaltet es sich, wenn, wie Folgendes zeigen wird, es noch Formner gibt, die sich „zünftig“ nennen. Was diese Leute unter Zunft verstehen, haben wir, die übrigen Formner, als Mitglieder des D. M. A. B., noch nicht begreifen können. Wenn hier alle Jahre die jungen Leute ihre Lehrgelt beendet haben, so stellen sich sofort die sogenannten „zünftigen“ Formner ein. Nun sind wir wohl ohne Weiteres der Meinung, einem jungen ausgetretenen Manne würden diese zünftigen Gesellen gute Lehren zum besseren Fortkommen mit auf den Weg geben. Ja, Profit die Maßzeit! Statt Lehren mitzugeben, werden Jungen gestellt und zwar: „Wann wirst Du das nöthige Bier auflegen?“ — „Wie viel gedenkst Du zu geben?“ u. s. w. Also nach den Begriffen dieser zünftigen Formner liegt die ganze Zunft in so und so viel Liter Bier begraben, wer am meisten geben kann, wird zwar nicht König, aber wenigstens doch zünftiger Formner. Zu unserer großen Freude gefällt diese Art Zunft den jungen Leuten nicht, worüber ein allgemeines Lamento auf der zünftigen Seite. Die Jungen gehen andere Bahnen, sie verachten die Zunft, so hört man getern. Ja wohl, Ihr Zunftmeister, die jungen Leute beschreiten andere Bahnen, im Bier zc. suchen dieselben nicht ihre Lage zu verbessern, das überlassen sie Euch zünftigen Gesellen. — Noch ein sei hiermit der Öffentlichkeit übergeben, damit die organisirten Formner Deutschlands diese Popsbrüder auch wirklich begreifen lernen. Vor mehreren Jahren errichteten die Hilfsarbeiter der Formner eine Unterstützungskasse für Krankheitsfälle; sämtliche Formner traten im Laufe der Zeit dieser Kasse bei. Doch man hatte hier nicht mit den zünftigen gerechnet. Auf einmal erklärten sie, nicht mit den Hilfsarbeitern in gemeinsamer Kasse zu bleiben. Ob die Zunftmeister Ackermann und Hehl ihnen eine neue Auflage von Böpfen gesandt hatten, konnten wir nicht erfahren; jedenfalls. Betrachtet man nun diese zünftigen näher, so stellt sich Alles heraus, aber nur nichts zünftiges. Der eine war früher Schneeschauer, ein anderer Aufstamper, der dritte Hilfsarbeiter u. s. w. Zu welcher Zunft mögen sie damals gehört haben? Nun, aus ihrer Zunftklasse ist denn auch nicht viel geworden, sechszehn Popsformner bilden jetzt eine Klasse für sich, die alte Klasse zählt an lebendig Mitglieder. Daß jene Leute den Geist der Neuzeit nicht begreifen, liegt klar zu Tage, denn vernünftig denkende Arbeiter lassen sich doch wahrlich nicht zu Statisten der herrschenden Klasse gebrauchen.

Wien. Die Arbeitsseinstellung bei Dittmar erfolgte anlässlich des rohen Benehmens des Formnermeisters Paul Fritsch aus Berlin. Auch ordnete er an, daß die Formner die Hilfsarbeiten selbst machen sollten. Da die Formner alle in Alford arbeiten, so wäre das gleich einer Lohnreduktion von 40 Prozent bei den Maschinenformnern und 20 Prozent bei den Handformnern gewesen. Wir ersuchen die Formner Deutschlands, besonders in Berlin, den Zugzug fernzuhalten.

Gelbgießer und Gürtler.

Hamburg. (Deutscher Metallarbeiterband.) Eine Mitgliederversammlung der Section aller in Gelbgießereien, Gürtlereien und Metalldrehereien beschäftigten Arbeiter fand am 6. April bei v. Salzen statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Hat die Gewerkschaftsbewegung eine Zukunft?“ erhielt Genosse Grünwaldt das Wort. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe in interessanter Weise und erntete am Schluß seines Vortrages reichen Beifall. Darauf berichtete Gruber von der letzten Versammlung des Gewerkschaftskartells. Bei der Debatte über die Maßfeier sprachen mehrere Kollegen für Erhebung einer Maßsteuer zur Deckung der noch vorhandenen Schulden der Hamburger Gewerkschaften. Die Delegirten des Kartells wurden von der Versammlung beauftragt, in der nächsten Kartellversammlung für die Maßsteuer einzutreten. Alsdann wurde von Alcy die Abrechnung über den Betrieb von 30- und 50 Pfennigmarken verlesen. Es wurde gerügt, daß einige Werkstätten sich wenig oder gar nicht an dem Betrieb der Marken beteiligten, so u. a. die Schmelzwerke Werkstätte, dieselbe, die früher immer in den Versammlungen als „Musterwerkstätte“ hingestellt wurde, jetzt aber soweit sei, daß sämtliche Arbeiter bis auf einen, sich von jeder Arbeiterorganisation fern hielten. Nachdem noch einige Kollegen zu der Abrechnung gesprochen, wurden zum hiesigen Punkt die auszuführenden Mitglieder der Arbeitsnachweis-Kommission durch Neuwahl erwählt. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten erledigt, erfolgte Schluß der Versammlung.

Klemmer.

Braunschweig. Am 3. April sprach in Bethmann's Hotel in einer öffentlichen Versammlung der Klemmer u. v. d. Genosse Wegger aus Hamburg über die deutsche Ge-

werkschaftsbewegung. Die Gewerkschaftsbewegung habe schon eine Geschichte hinter sich. Schon in den 60er Jahren haben verschiedene Kongresse stattgefunden, welche aber den gehegten Erwartungen nicht entsprachen. Die Bewegung war eben noch zu jung, um schon feste Formen für den Kampf gegen die Kapitalmacht zu schaffen. Erst nach und nach lenkte die gewerkschaftliche Bewegung in feste Bahnen ein, und zweifellos wäre auf dem Kongress zu Magdeburg 1878 eine gute Grundlage geschaffen worden, wenn nicht die Attentate und ihre Folgen alles zu nichte gemacht hätten. Wenn nun, nachdem man sich an das Sozialistengesetz gewöhnt hatte und wieder neue Organisationen gegründet wurden, die Bewegung noch ebenso wenig greifbare Resultate aufwies wie vor dem Gesetz, so sei das nicht anders möglich, denn wir müssen erst viele Erfahrungen sammeln. In absehbarer Zeit werden stabile Verhältnisse eintreten. Teilweise seien in den Parteiblättern seine Ausführungen auf dem Halberstädter Kongress unrichtig wiedergegeben worden; er habe hauptsächlich gegen die Einführung der hohen Beiträge gesprochen. Nicht in den großen Geldfonds stecke unsere Kraft, sondern in der Heranziehung sämtlicher bis jetzt noch indifferenten Arbeiter; das sei aber nur fertig zu bringen bei möglichst niedrigen Beiträgen. Wir müssen der Masse begreiflich machen, daß das Wohl des Einzelnen mit dem der Gesamtheit zunimmt. Der Einzelne muß sein Interesse den Interessen der Gesamtheit unterordnen; dann wird es ein Leichtes sein, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Im Weiteren bespricht Redner die einzelnen Beschlüsse des Halberstädter Kongresses und knüpft daran die Hoffnung, daß sein Standpunkt: Schaffung einer niedrigen Grundnorm der Beiträge mit entsprechendem Lokalausschlag bei der Zeit maßgebend werde. Nach Schluß der Diskussion und Annahme einer Resolution, welche sich mit den Ausführungen einverstanden erklärte, wurden noch mehrere lokale Angelegenheiten erledigt.

Braunschweig. Als welche Helden sich manchmal Leute entpuppen, die durch ihre weltanschaulichen Neben einem weis machen wollen, was für große Geister sie sind, zeigt uns ein Beispiel unseres Kollegen Engel. In einer Werkstatt mußte ein Klempner wegen Wortwechsel mit seinem Prinzipal aufhören. Dieses hatte der p. p. Engel, welcher seit einigen Wochen außer Arbeit war, erfahren, und hatte dann auch nichts Siligeres zu thun, als sich in der Stelle des Entlassenen festzusetzen. Engel wußte als Arbeitsnachweiskontrollleur sehr wohl, daß wir Kollegen haben, welche ebenso wie er verheiratet sind und schon seit 3 bis 4 Monaten außer Stellung waren. Daß diese ein so unfolgsames Handeln nicht so ohne Weiteres hinnahmen, läßt sich denken, und die Folge war, daß die Agitationskommission beauftragt wurde, den Engel wegen seines Verhaltens vorzunehmen. Aus den Verhandlungen ergab sich, daß Engel, nachdem er sich verheiratet hat, und deswegen nicht wieder in die Lage kommt (?), Wanderunterstützung zu beziehen, keine Lust mehr hat, als zahlendes Mitglied dem D. M. A. B. anzugehören; er erklärte unter einem wichtigen Vorwande seinen Austritt. Uns bleibt nun weiter nichts übrig, als den Engel hier anzunageln, sozu wir schon deshalb verpflichtet sind, weil er sich immer damit brüftet, ein Monier der Arbeiterbewegung zu sein und bei hiesigen Sozialdemokraten den Glauben erwecken will, als sei er der zielbewussteste aller Sozialdemokraten.

Metallarbeiter.

Avolda. Am 9. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, zu welcher sämtliche Gewerkschaften eingeladen waren. Kollege Gebauer aus Altenburg sprach über den Gewerkschaftskongress. Die Diskussion, an welcher sich verschiedene Redner beteiligten, war eine lebhafteste, hervorgerufen durch die vom Referenten verlesene Ausgabe der Generalkommission, aus welcher hervorgeht, daß die Unterstützung der Großstädte, und namentlich Hamburg's, ganz gewaltig abnimmt gegen die Unterstützung der Provinzialstädte. Eine Resolution, nach welcher man sich mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden erklärte, wurde einstimmig angenommen. Der Referent ermahnte hierauf in seinem Schlusswort noch die hiesigen Metallarbeiter, auch fernerhin kräftig für den Verband einzutreten. — Wohl hat sich die Mitgliederzahl seit einiger Zeit etwas gehoben, leider aber noch nicht in dem Maße, wie es eigentlich der Fall sein sollte, trotzdem auch hier die Verhältnisse die denkbar traurigsten sind. Darum ist es Pflicht eines jeden organisierten Kollegen, so viel in seinen Kräften steht, für den Verband zu wirken, damit die hiesigen traurigen Verhältnisse einmal anders gestaltet werden. So soll in der Stüberrig'schen Fabrik jetzt nach Oftern die Arbeitszeit auf 2 1/2 Tage eingeschränkt werden, selbstverständlich bei niedrigerem Lohne. Während die Arbeiter Verkürzung der Arbeitszeit verlangen, so würde man sie ganz einfach aus-

lachen; die Herren Fabrikanten jedoch können sich derartige Extrabalancen ruhig leisten. Was gehen sie die Arbeiter an, wägen dieselben zu Grunde gehen oder nicht. Ihr Prinzip ist, nur ja nicht unter den üblichen Unternehmers-Prozenten zu arbeiten, lieber wird nichts angenommen. Darum Metallarbeiter Avolda, erkenne es endlich einmal, daß nur durch ein einziges und festes Zusammengehen etwas erreicht werden kann, tretet Alle, Mann für Mann, der Organisation, dem deutschen Metallarbeiter-Verband bei!

Bodenheim. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 9. April ihre regelmäßige Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende das Ableben unseres bewährten Genossen und Hauptkassiers Edm. Goldbach bekannt; die Mitglieder erhoben sich zu dessen Andenken von ihren Sitzen. Kollege Karpe von Frankfurt hielt zum ersten Punkt der Tagesordnung „Wie agitiert man am besten für den Metallarbeiter-Verband“ einen lehrreichen Vortrag. Redner schilderte zunächst die Entstehungsgeschichte, sowie die Ursachen der Organisationen, führte dann mehrere Beispiele an, wie eine Verwaltungsstelle am besten Propaganda für ihre Sache machen kann, z. B. durch Festlichkeiten, Ausflüge und gefällige Zusammenkünfte. Im Einzelnen sei es sehr zu beachten, daß man stets die Eigenheiten der indifferenten Kollegen berücksichtige und dieselben durch freundliche und liebenswürdige Weise zu überzeugen suche. Denn nur auf diese Art sei es möglich, eine erspriessliche Agitation zu betreiben und dem Verband neue Mitglieder zuzuführen. Reicher Beifall lohnte dem Redner. Im Verschiedenen wurde ein Brief verlesen, welcher eine Einladung des Gesangsvereins „Sängerlust“ zu dessen 25jährigem Stiftungsfeste enthielt. Nach langer heisser Debatte wurde diese Angelegenheit auf Antrag eines Kollegen auf die nächste Versammlung vertagt. Im Weiteren wurde ein Antrag angenommen, für die Witwe des Genossen Goldbach 10 Mk aus der Lokalfasse zu bewilligen, welche durch freiwillige Beiträge der Mitglieder in dieselbe zurückzuführen sind. Im Fragelasten waren fünf Fragen eingelaufen, wovon vier zur Zufriedenheit beantwortet wurden, von der Beantwortung der fünften Frage wurde Abstand genommen, da dieselbe ihrer Natur nach nicht geeignet erschien, in einer gewerkschaftlichen Organisation behandelt zu werden, ohne mit dem Vereinsgesetz in Konflikt zu geraten. — Bei uns in Bodenheim wird auch das Möglichste geleistet, um die Existenz der gewerkschaftlichen, sowie politischen Vereine in Frage zu stellen. Raum ist es uns nach vieler Mühe gelungen, ein sicheres Vereinslokal in der „Walhalla“, Kirchgasse 6, bei Herrn Böbig, zu erhalten, so hat sich auch hier die hochwürdige Polizei veranlaßt gefühlt, den Wirth ohne jeglichen Grund mit der Polizeistunde (11 Uhr) zu bedenken. Der Zweck dieser Maßregel wird wohl jedem Genossen klar sein. Genossen! Es ist nun unsere Hauptpflicht, daß wir den Wirth, damit er keinen materiellen Schaden erleidet, thätkräftig unterstützen, denn kein Wirth in ganz Bodenheim unterstützt unsere gute Sache besser als Herr Böbig.

Sayreuth. Die hiesige Verwaltungsstelle des D. M. A. B. hielt am 16. April ihre regelmäßige Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Bevollmächtigte die Nachricht über den Tod unseres Hauptkassiers Edmund Goldbach. Durch Erheben von den Sitzen wurde sein Andenken geehrt. Aufnahmen hatten wir eine zu verzeichnen. Als Redatoren wurden die Kollegen Lauterbach und Michael gewählt. Bei Verschiedenen kam schon die erwähnte Haubersoire zur Besprechung. Dabei wollen wir auf den Kunstschlosser Anton Mettelbach, geb. am 7. Juni 1869 zu Arnstein, der dieselbe geben wollte, näher eingehen. Derselbe ließ sich bei uns am 20. Februar 1892 aufnehmen, nachdem er uns sagte, er sei schon Verbandsmitglied; er hatte aber kein Mitgliedsbuch aufzuweisen, weshalb wir ihn von Neuem aufnahmen. Er zeigte sich während seiner Anwesenheit als eifriges Mitglied, so daß er sich das volle Vertrauen sämtlicher Kollegen erwarb. Er gab auch öfters kleine Probestücke, so daß die Kollegen der festen Ueberzeugung waren, er könnte einmal der hiesigen Zahlstelle etwas zum Guten thun, und regte auch während der Versammlung selbst an, in dieser Weise etwas zu thun. Hierauf wurde in der nächsten Versammlung der Beschluß gefaßt, am Palmsonntag die Vorstellung vor sich gehen zu lassen; dabei erwiderte A., daß er die Mittel, da er längere Zeit auf der Reise und außer Arbeit war, um seine notwendigen Apparate einlösen zu können, nicht habe, weshalb er die Mitglieder bat, ihm einen Vorschuß von 20 Mk zu machen, worauf ihm Kollege Georgius 15 Mk mit der Bedingung einer Abzahlung von wöchentlich 5 Mk vorstreckte. Trotzdem wir vor völlig ausverkauften Hause standen, wurde Herr Antonius Valensino Mettelbach, Künstler der Zauberei, Magie und Hyyal vom Zauberspiel und Geistertheater zu Civita Vecchia e-

Napoli, für den er sich ausgab, kurz vor der Vorstellung „Frank“, was sich aber Alles als reiner Schwindel herausstellte. — Zufällig fand sich jemand, der das Publikum einigermaßen befehligte. Andern Tags machte A. bei eintigen Kollegen die Anzeigung, er gehe in's städtische Krankenhaus, was er aber nicht that, sondern ohne Abmeldung und mit Hinterlassung vieler Schulden abreiste. Beste Woche soll er sich in Erlangen aufgehalten haben. Wir ersuchen hienit sämtliche Filialen, sich vor demselben zu hüten, indem wir ihn als einen raffinierten Schwindler erkannten, der nur die Kollegen ausbeuten und beschwindeln will; außerdem wurde sein Ausschluss einstimmig beschlossen.

Gelle. Da die hiesige Filiale des D. M. A. B. schon von mehreren Seiten für tot erklärt wurde, weil wir seit langer Zeit die Spalten der „Metallarbeiter-Zeitung“ nicht in Anspruch genommen haben, sehen wir uns genöthigt, endlich einmal wieder an dieser Stelle etwas hören zu lassen. Es wird gewiß mancher Kollege denken: Es herrscht eine große Laubzeit unter den hiesigen Kollegen. Dies ist aber nicht so; wenn auch unter den hiesigen 300 Metallarbeitern nicht einmal 30 dem Verband angehören, so ist es nicht unsere Schuld, daß die Uebrigen demselben fern stehen. Sagt man ihnen, sie wähten zu uns kommen und zu unserer Fahne halten, so erhält man zur Antwort: Es hat für uns keinen Zweck, oder: Ich trinke lieber ein Glas Bier dafür, oder auch, wie ein Mechaniker behauptet: Wir haben es nicht nötig, wir können uns so helfen. Alle diese Reuerungen sollen uns aber nicht abhalten, auch fernerhin für den Verband zu agitieren und darum rufen wir sämtlichen noch fernstehenden Kollegen zu: Tretet ein in den Verband, es hat dies großen Zweck für uns, denn nur Einigkeit kann uns retten vor dem drückenden Joch, das auf uns lastet. — Die Versammlungen finden jeden ersten Dienstag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats statt.

Chrenfeld. Situationsbericht. Die Kollegen werden wohl in dem Glauben sein, die Verwaltungsstelle Chrenfeld wäre im Rückwärtsgehen begriffen, weil wir so lange nichts von uns hören ließen. Das ist aber nicht der Fall, denn unsere Filiale zählt über 100 Mitglieder; aber leider bleibt noch viel zu wünschen übrig, denn gegen die Zahl der hiesigen Metallarbeiter wüßte niere Filiale bedeutend stärker sein. Die Mitgliederversammlungen werden in der letzten Zeit schlecht besucht, trotzdem sich die Ortsverwaltung alle ebenfällige Mühe gibt. Denn fast bei jedem Versammlungabend steht ein Vortrag auf der Tagesordnung, in letzter Zeit hielt ein Arzt mehrere Vorträge über Gesundheitspflege. In der letzten Mitgliederversammlung am 11. April hielt Kollege G. Müller einen interessanten Vortrag über die neue Gewerbeordnung. Derselbe schilderte uns die einzelnen Paragraphen eingehend, besonders die, welche für uns von Nutzen sind, wovon leider nicht viele zu finden waren. Kollege Müller unterzog ferner noch das Krankentafelgesetz einer Kritik. Nach dem Vortrage folgte eine lebhafteste Diskussion, in der verschiedene Redner aufforderten, für den Verband kräftig zu agitieren und die Mitgliederversammlungen besser zu besuchen. Den Metallarbeitern Chrenfelds rufen wir zu: Tretet ein in unsere Reihen, helft mit kämpfen, eure Lage zu verbessern. Und Ihr, die Ihr schon der Organisation angehört, strengt eure ganze Kraft an, damit die Gewerkschaften das erreichen, was sie sich zur Aufgabe gemacht haben. Sagt nicht wie die lauen Mitglieder, was soll ich da jeden Montag, ich bezahle ja meine Beiträge. Das muß anders werden. Unsere Lösung muß sein: Einer für Alle und Alle für Einen!

Elberfeld. Am 9. April tagte im Lokale des Herrn Obelode die gut besuchte Mitgliederversammlung des D. M. A. B. Nachdem sich 25 Kollegen hatten aufnehmen lassen und die Beiträge entrichtet waren, erstattete Kollege Neumann Bericht vom Gewerkschaftskongress. Redner entledigte sich seines Auftrages in eingehender Weise. Nach einer kurzen Diskussion stellte Kollege Poppel folgende Resolution, welche einstimmig angenommen wurde: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, sowie mit den Beschlüssen des Halberstädter Kongresses einverstanden und hält es für Pflicht eines jeden Metallarbeiters, sich dem deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, denn nur durch eine große Masse kann unter Ziel erreicht werden.“ Im Verschiedenen machte der Bevollmächtigte bekannt, daß der frühere Kolporteur unserer Zeitung sein Amt niedergelegt hat. An dessen Stelle meldete sich Kollege Dieckhoff für eine Entschädigung von 2 Mk pro Blatt, wovon 1 Mk die Filiale und 1 Mk jedes Mitglied zu tragen hat. Letzteren hat A. aber selbst von den Kollegen einzufordern. Kollege Reus stellte den Antrag, daß Kollege Ochs aus dem Verband ausgeschlossen wird, weil er bei der Firma Kaltenbach in Unter-Barmen als Streikbrecher erkannt wurde. Nach einer längeren Diskussion wurde be-

schlossen, Kollege Ochs per Brief zu der nächsten Versammlung einzuladen. Sodann stellte Kollege Gapp als erster Bibliothekar den Antrag, daß in der nächsten Versammlung keine Bücher ausgeben werden, sondern daß jeder Kollege seine Bücher bis dahin abliefern, um zu sehen, was fehlt. Kollege Poppel als Schriftführer befragt sich noch, daß er schon einige Bücher an die „Metallarbeiter-Zeitung“ geschickt, dieselben aber nicht aufgenommen wurden. (Aufgenommen wurden die Berichte, wenn auch nicht wörtlich und nicht in der nächsten Nummer“, weil sie stets dafür zu spät eintrafen. Red.)

Flensburg. Die allgemeine Verwaltungsstelle des D. M. A. B. hielt am 9. April ihre Mitgliederversammlung ab. Bei Verschiedenen wünschte Kollege Swoboda darüber Aufklärung, wie es zuzuthe, daß durchreisende Kollegen, welche von Schleswig nach Flensburg kämen, nur 67 1/2 Meilenunterstützung erhielten, aber in Schleswig die von Flensburg kommenden 70 Mk. Es wurde vom Kassier Petersen largelegt, daß bei ihm 38 1/2 Kilometer angegeben sind und er nicht mehr zahlen könnte. In Schleswig seien wahrscheinlich 35 Kilometer angegeben. Es wurde nun beschlossen, beim Hauptvorstand anzufragen, ob wir dasselbe ändern könnten. Alsdann wurde von Kollege Swoboda der Antrag gestellt, daß die Beitragsmarken nur in den Versammlungen verabreicht werden sollten, und zwar aus dem Grunde, um bessere Versammlungen zu erzielen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Es wurde von Kollege Richter der Wunsch geäußert, mit den Agitationsmarken dasselbe zu thun, wurde aber von Kollege Meier widerlegt. Es sollte beim Alten bleiben, da man diese Marken auch unter Nichtmitgliedern verbreiten könne.

Freiburg i. Br. In der am 2. April abgehaltenen außerordentlichen Versammlung referierte Kollege Drehm in sachlicher Weise über den allgemeinen Gewerkschaftskongress in Halberstadt, welcher Bericht mit allgemeiner Zustimmung zur Kenntnis genommen wurde. Auch in der anschließenden Debatte äußerte man sich anerkennend über die Beschlüsse des Kongresses, sowie das Verhalten der Verbandsdelegierten. In der am 16. April abgehaltenen Mitgliederversammlung berichtete Kollege Drehm über den in Halberstadt vom Verbandsvorstand Junge den Verbands-Delegierten abgegebenen Bericht über den Verband und die bei dieser Gelegenheit erörterten Fragen. — Von Kollegen Fries, welcher mit der Zustellung der „Metallarbeiter-Zeitung“ betraut ist, wurde die Mittheilung gemacht, daß Genosse Goldbach am 7. April verstorben ist und wurde der betreffende Nachruf zur Verlesung gebracht. Drehm betonte ebenfalls noch das traurige Geschick dieses braven Genossen und ersuchte die Versammlung, sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen zu erheben, was geschah.

Leipzig. Bericht über die öffentliche Metallarbeiterversammlung im Gasthof Plagwitz vom 11. April mit der Tagesordnung: 1) Bericht vom Gewerkschaftskongress. 2) Stellungnahme zur sächsischen Metallarbeiter-Konferenz in Döbeln ev. Wahl der Delegierten. 3) Abrechnung über für Kauf gesammelte Gelder. 4) Diskussion zu verhandelnden Punkten. Als 1. Vorsitzender wird Kollege Waibel, als 2. Vorsitzender Böhm und als Schriftführer Voelck gewählt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erwählt der Vorsitzende die Versammlung, sich zu Ehren des verstorbenen Edm. Goldbach von den Sitzen zu erheben, was auch geschah. Alsdann erhielt Kollege Schiemann das Wort zum Bericht. Referent geht des näheren auf die Thätigkeit des Kongresses ein, die einzelnen Punkte des selben sind jedoch schon zur Genüge bekannt, um hier nochmals erwähnt zu werden. Redner kritisierte das Verhalten der Berliner Lokalorganisation, die auf dem Kongress vertreten war, in ausführlicher Weise; nach Ablauf des Sozialistengesetzes hätten sich die Berliner Arbeiter sagen müssen, daß nur durch ein großes Ganze etwas erreicht werden kann, jedoch waren dieselben nur für Lokalorganisation zu erwärmen. Redner geht sodann des näheren auf die Thätigkeit der Generalkommission ein, bespricht die Streiks und deren Unterstützung durch die Generalkommission, erwähnt sodann, daß viele Streiks, so auch der Lindenauer Spitzenweberstreik, aus Mangel an materieller Unterstützung zu Grunde gegangen wären. Gleichfalls bespricht Referent die verschiedenen auf dem Kongress eingegangenen Resolutionen. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen. Da in der Diskussion Niemand das Wort wünscht, werden die beiden eingegangenen Resolutionen verlesen und angenommen: 1. „Die heute hier im „Gasthof Plagwitz“ tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung mißbilligt sehr die Laubzeit der Berliner Kollegen, da dieselben sich noch immer nicht entschließen können, dem deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten, sondern sich erst kürzlich in einer öffentlichen Formerversammlung ausgesprochen haben, ihren

Verband hochhalten. Diese Festigkeit wäre zu achten, wenn nicht auf dem Gewerkschaftskongress zu Halberstadt die Sozialorganisation als nicht genügend und dem heutigen Zeitgeist nicht entsprechend bezeichnet worden wäre. Die Versammlung spricht hiermit den Wunsch aus, der Hauptvorstand möge den Kartellvertrag betreffs der Reiseunterstützungsausschaltung aufheben, da Gründe ja genug da wären. Erstens, weil sie auf dem 3. Metallarbeiter-Kongress zu Frankfurt a. M. erklärten, sie würden später in den deutschen Metallarbeiter-Verband eintreten, bis jetzt aber dazu noch keine Stellung genommen hätten, obgleich bald ein Jahr vorüber ist, und zweitens, weil sie sich nicht der Majorität des Gewerkschaftskongresses fügen wollen.“

„Die heute im Gasthof Plagwitz tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung billigt, nachdem sie den Bericht gehört hat, das Verhalten der Vertreter des Metallarbeiterverbandes auf dem Kongress und verspricht, mit allen Kräften für die Interessen obigen Verbandes einzutreten.“

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erhält Kollege Wabel das Wort. Derselbe legt in kurzen Worten die Gründe zur Abhaltung der Konferenz dar. Alsdann sprach noch die Kollegen Reide, Wannhof, Schlemann, Reichel und andere über diesen Punkt, der eine lebhafteste Debatte hervorrief. Ein Antrag, die Konferenz der sächsischen Metallarbeiter nicht zu besuchen, wurde auch mit Majorität angenommen. Beim dritten Punkt der Tagesordnung verliest Kollege Berner die Abrechnung der einzelnen Glieder, welche eine Gesamtsomme von 82,95 ergeben. Zur Prüfung der Rechnung wird eine Kommission von 3 Mann gewählt: Auerbach, Wäsche und Krefse. Zum vierten Punkt befähigte Kurze im Namen der Kommission die letzte Abrechnung des Vertrauensmannes Schlemann. Für die folgende Abrechnung wurden zur Prüfung die Kollegen Müller, Groß und Krefse gewählt. Kollege Böhme bespricht noch die Lausitzer Leipziger Metallarbeiter und meint, ein Jeder müsse aktiv sein, von Mund zu Mund, in der Werkstatt, überall, wo sich nur Gelegenheit bietet, um dem deutschen Metallarbeiter-Verband immer mehr Mitglieder zuzuführen.

Jünaburg. Am 14. April fand die erste Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle des D. M. V. B. statt. Beim 1. Punkt wurde Meßler als Vorsitzender, Knecht als Kassierer, Dietrich als Schriftführer, Masche und Priebke als Revisoren gewählt. Dann ließen sich 15 Mitglieder aufnehmen. Beschlossen wurde, daß die Versammlungen jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats im Lokale des Herrn J. C. Meyer, Nikolaikirche 2, stattfinden. Wir rufen allen Kollegen zu: Schließt Euch dem Metallarbeiter-Verbande an, denn Pflicht eines jeden Kollegen ist es, für die Interessen des Verbandes zu streben. Alle Sendungen an Karl Meßler, untere Döllingerstr. 25.

Nürnberg. Als vor ungefähr einem halben Jahre verschiedene Arbeiter der Schneiderischen Fabrik eine Kritik über die Verteilung der Gratifikationen in der Arbeiterpresse veröffentlichten und darauf hinwiesen, warum man zu diesem Modus der Verteilung gegriffen habe, war der „Fränkische Kurier“ sofort bei der Hand, der Arbeiterpresse vorzuwerfen, sie wolle Unzufriedenheit unter den Arbeitern säen, um ihre Abonnentenzahl zu vermehren und ihr zerstückeltes Werk besser betreiben zu können. Ferner bemerkte der „F. K.“ noch, daß die Fabrikleitung bemüht sein werde, jede Quelle der Unzufriedenheit zu verstopfen. Welche Unzufriedenheit nun herrscht, davon einige Beispiele. Seit einiger Zeit sind die Akkordsätze zum Teil um 25 Proz. gekürzt worden, überhaupt wird das ganze Jahr hindurch abgezogen. Will man noch etwas verdienen, so muß man sich abrackern, daß es ein Jammer und eine Schande ist. Der an großer Beiseidenheit leidende Werkmeister Herr Mohrhardt geht umher wie ein über Tod und Leben gebietender Herr; wobei dem, der sich irgendwie verfehlt gegen den Rechtsbegriff dieses Herrn. Vor kurzem kam es vor, daß ein Arbeiter, weil er ein Stück Werkzeug abänderte und nicht vorher Meldung davon gemacht hatte, sofort entlassen wurde. Gemeldet muß werden, denn der Herr Werkmeister war Soldat und er überträgt die Kasernengebräuche auch in die kapitalistische Ausbeutungsbüro. Neben diesem Herrn registriert Herr Freilichfeld unumwunden. Ist an einem Stück Arbeit so lange abgezogen, daß der Arbeiter nichts mehr verdienen kann und er beschwert sich, so erklärt dieses Dorarbücker (wobei bemerkt ein technisches Genie): „Sie müssen flinker arbeiten.“ Mühte sich der gute Mann doch zurückzusetzen in jene Zeit, wo er noch an der Drehbank stand, ob er so flott gearbeitet hat, wie er es jetzt Anderen zumuthet. Das Strafen ist permanent auf der Tagesordnung. Das letzte Jahr hatten wir über 800 Strafgelder. Natürlich haben wir auch Arbeiter, welche zu den Dickhäutern zählen, die greift das Alles nicht an. Es sind dies zwar

Wenige, aber zu rechnen ist mit ihnen, denn sie verstehen es gut, zu lazbuckeln und zu schwelwedeln. Haben wir doch einen Monteur, der, wenn ihm Herr Mohrhardt die Arbeit angibt, antwortet: „Zawohl, Herr Mohrhardt, zu Befehl Herr Mohrhardt.“ Zum Schluß möchten wir noch die Frage aufwerfen, ob es nicht humaner wäre, den Arbeitern die Akkordsätze zu lassen wie sie sind, als wie Schenkungen für Kirchenbauten zu machen. Wir wollen keine Gratifikation, gebe man uns, was wir verdienen. Aber denjenigen, die der Organisation nach fernstehen, rufen wir zu: Tretet ein in unsere Reihen, schließt Euch dem deutschen Metallarbeiter-Verbande an. Ihr werdet sehen, daß es besser wird.

Wiesbaden. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 2. April ihre Versammlung ab. Nach der Aufnahme neuer Mitglieder erfolgte der Rechnungsbericht des Ortsvorstandes, der zu größter Zufriedenheit der Mitglieder ausgeführt wurde. Die Rechnungsablage wurde für richtig befunden und dem Kassierer auf Antrag Decharge erteilt. Darauf erfolgte die Neuwahl des Vorstandes, es wurden dazu die nachstehenden Kollegen gewählt: Fr. Haeffler, als Bevollmächtigter, Alfred Gottschalk, als Kassierer, Mannweller, Uhler, Kreisler, als Revisoren. Bei Verschiebung machte der Vorsitzende bekannt, daß die Verwaltungsstelle wegen Abhaltung eines Bergnügens mit 3 M. Strafe belegt worden ist, ebenso die 15 M. Bergnügungssteuer zu bezahlen hat, da das Bergnügen als öffentlich angesehen wurde. Es sprachen mehrere Kollegen dafür, Rekurs zu erheben, da wir nur nach Recht gehandelt haben und auf Grund einer nicht richtig stehenden Annonce bestraft worden sind. Es wurde darüber abgestimmt und waren 26 Stimmen dafür und eine dagegen. Auf Antrag der Ortsverwaltung werden folgende Kollegen aus dem Verband ausgeschlossen: Johann Uhlrich, Schloffer, Wilhelm Böhme, Spengler, Jakob Salzig, Spengler, Paul Spies, Spengler, Max Meper, Spengler, Julius Weidenfeller, Spengler, W. Törn, Schloffer, Karl Neumann, Schloffer, Karl Sasse, Spengler. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die Spengler Karl Sasse, Julius Weidenfeller und Paul Spies überhaupt nicht mehr aufzunehmen, da dieselben den Verband zu schädigen gesucht haben. Die Kollegen Friedrich Mehue, Mechaniker, und Curt Döhle, Uhrmacher, werden ersucht, ihren Verpflichtungen gegen die Verwaltungsstelle nachzukommen.

Zwickau. Wir Zwickauer Kollegen sind zwar noch nicht in die Lage gekommen, unsere hiesigen Verhältnisse zu schildern, es wird aber auch jetzt einmal Zeit, dieselben zur Sprache zu bringen. Es betrifft nämlich in erster Linie die Armaturenfabrik von Wilhelm Kiehe, hochwohlwöhliger Stadtrath der Stadt Zwickau, eine Ordnungsfäule im wahren Sinne des Wortes. Bei solchen Leuten ist so lange alles in Ordnung, als es für sie Profit gibt, sollte aber einmal ein Arbeiter eine Lohnzulage verlangen, dann hört natürlich die Ordnung auf. In genannter Fabrik wird auch die Behrlingszucht in der ausgedehntesten Weise betrieben. Es sind beschäftigt bei einer Arbeiterzahl von 30 Mann 50 (sage und schreibe) fünfzig Behrlinge. Daß bei einer solchen Zahl vom Lernen nicht die Rede sein kann, liegt auf der Hand, da fast alle meistens zu Handarbeiten verwendet werden. Die Schlofferlehrlinge müssen jahrelang Messingguß abhagen und putzen, Fenster putzen und dergleichen mehr. Schreiber dieses liegt ein Exemplar eines Behrlingkontrakts vor und ist es interessant zu erfahren, unter was für Bedingungen die Behrlinge aufgenommen werden. Der Behrling erhält an Lohn im ersten Jahre einen Stundenlohn von 1 1/2 M., im zweiten Jahre 2 M., im dritten Jahre 4 1/2 M., im vierten Jahre 6 M. Haben die Behrlinge dann ihre vier Jahre weg, dann bevölkern sie die Landstraße oder gehen auf den Schacht, denn gelernt haben sie nichts. Es ist überhaupt zu bewundern, daß es noch Eltern gibt, die ihre Kinder zu solchen Ausbeutern in die Lehre geben und es ist dringender davor zu warnen. Daß natürlich die Gesellen und Gehilfen nicht etwa gut gestellt sind, liegt auf der Hand. Zu bedauern ist nur, daß sich bis jetzt erst Einer dem Verband angeschlossen hat. Sie sind überhaupt für keine Organisation zu gewinnen, sie sind schon lange da und fürchten sich vor dem Hinausfliegen, obgleich erst kürzlich wieder Einem gründigt worden ist, der 13 Jahre dort gearbeitet hat. Darum fordern wir Alle auf, sich dem Verband anzuschließen, denn nur so können wir der Profitgier der Fabrikanten einen Damm entgegensetzen.

Schläger.
An alle Schläger Deutschlands.
In der am 17. April stattgefundenen Sitzung der Agitationskommission der Schläger wurde beschlossen, an allen Orten, wo sich Schläger befinden, ein Arbeitsnachweisbureau zu errichten und fordern wir sämmtliche

Bevollmächtigte auf, dieses so bald als möglich zu thun. Ferner wurde beschlossen, in der Schlägerbranche eine Statistik zu erheben und werden bis 1. Mai an sämmtliche Schläger die Fragebogen abgebenet. Dieselben sind, ob ausgefüllt oder nicht, bis Ende genannten Monats an Reismann in Nürnberg, Großweidenmühlstraße 21, abzuliefern.

Mit kollegialem Gruß!
Die Agitations-Kommission:
Reismann, Stroheker, Buch.
Dresden. Am 11. April fand die Vierteljahrsversammlung des Fachvereins der Feingoldschläger zu Dresden in Weibels Restaurant statt. Es erstattete der Kassierer Bericht über die Kasse, die einen Bestand von 57,10 aufweist. Dann wurde beschlossen, am 1. Mai sich den Dresdner Gewerkschaften anzuschließen. Nachdem der Kassierer Höpfer sein Amt niederlegte, wurde Kollege Hohlfeld einstimmig zum Kassierer gewählt. Nachdem noch von den in der Feingoldschlägerei des Herrn C. F. Schulte in der Dira-Allee arbeitenden Kollegen einige Wünsche vorgebracht und dieselben einer scharfen Kritik unterzogen wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Fellenhauer.
Berzberg a. B. Es wird hiermit bekannt gemacht, daß der Zugang nach Lautenthal jedem Kollegen der Fellenhauerbranche frei steht, jedoch ist daselbst das Ausschauen streng verboten.
Wien. Der Zustand der Fellenhauer ist permanent, er wird voraussichtlich mehrere Wochen dauern. Es werden alle Genossen Deutschlands und aller Länder ersucht, uns so viel wie möglich zu unterstützen, daß wir siegen. Sollten wir unterliegen in diesem Kampfe, so ist unsere Organisation, sowie unsere Kraft im Allgemeinen zu Grunde gegangen. Wir appellieren daher an das Solidaritätsgefühl aller Arbeiter. Man halte den Zugang fern!
Mit sozialdemokratischem Gruß u. Handschlag!
Für die Wiener Fellenarbeiter:
Die Lohnkommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.
Da trotz wiederholter Aufforderung und Mahnung einige Verwaltungsstellen immer noch nicht für die wegen falscher oder mangelhafter Ausführung zurückgeforderten Abrechnungen andere eingekandt haben, so geben wir nachstehend diese Verwaltungen sowie die Rechnungsperioden mit dem Bemerkten bekannt, daß wir, falls nicht im Laufe der nächsten Woche das Veräumte nachgeholt sein sollte, einfach eine Revision dieser Verwaltungen vornehmen lassen werden.
Es stehen noch aus von:

- September und Oktober 1891:**
Augsburg, Oberursel, Offenbach a. Main (Sekt. der Metallarbeiter).
- November und Dezember 1891:**
Augsburg, Eßthen, Duisburg (Fellenhauer), Eberstadt b. Darmstadt, Halle a. S. (Klempner), Oberursel, Offenbach (Metallarbeiter) und Sossenheim b. Höchst a. M.
- Januar und Februar 1892:**
Ansbach, Bremerhafen (Klempner), Eßthen, Danzig, Dinslage (Former), Duisburg (Fellenhauer), Eßeln, Essen a. M., Fachsenheim a. M., Forst N./O., Gevelsberg i. W., Halle a. S. (Klempner), Lambrecht, Offenbach a. M. (Metallarbeiter), Oßtag, Peitz i. S., Rosenthal (Fellenhauer), Schöningen, Solingen, Sossenheim b. Höchst a. M. und Uelzen.

Wir ersuchen auch diejenigen Verwaltungen und Vertrauensmänner, an die wir uns wegen Auskunft über die Abrechnung gewandt haben, uns dieselbe bald zu erteilen.

Zur Instruktion der Ortsverwaltungen machen wir darauf aufmerksam, daß die Unterstüßungsgesuche nach § 2 des Statuts nur dann Berücksichtigung finden können, wenn sie genau dem § 6 des Statuts entsprechen. Es müssen die näheren Angaben über die Veranlassung des Gesuches, die dringlichen und familiären Verhältnisse von der gesammten Ortsverwaltung (vom Bevollmächtigten allein genügt nicht) unterzeichnet und mit dem Ortsstempel versehen sein. Außerdem muß das Gesuch genaue Daten über die Dauer der Zugehörigkeit, sowie über den Stand der Beitragszahlungen enthalten, damit sich der Vorstand von der Unterstüßungsberechtigung des Betreffenden überzeugen kann.

Genau so wie für Unterstüßungsgesuche gelten hinsichtlich der Unterzeichnung obige Bestimmungen für Rechtschutz (§ 7), Beitragserschließung (§ 9), sowie Anträge, Beschwerden und Beschlüsse u. von Verwaltungsstellen.

In der Märzabrechnung ist für die Verwaltungsstelle Nürnberg, Sektion der Rotz- und Glockengießer, 50,70 M für Delegirten-

steuer quittiert. Wir stellen hierdurch richtig, daß von diesem Betrage nur 15 M für Delegirtensteuer und der Rest von 35,70 M für Beiträge und Einschreibegelder sind.

Das Mitglied Heinrich Schmiedhuber, Gärtler aus Freising, Buchnummer 12384, wird auf Antrag der Würzener Genossen sowie der Verwaltungsstelle Höchst a. Main aus dem Verband ausgeschlossen und geht somit aller Ansprüche an den Verband verlustig.

Das Mitglied Ludwig Frank, geboren 7. Juni 1850 zu Wien, ist aus dem Verband ausgetreten und erlöschen hienit alle seine Rechte.

- Folgende Mitgliedsbücher werden für un-nützlich erklärt:
Nr. 5468, Gustav Stein, Schlosser, geb. 7. Januar 1872 zu Waldburg.
„ 13433, Chr. Rießen, Klempner, geb. 12. Dez. (?) zu Schwabendorf.
„ 16978, Otto Wurm, Schlosser, aus Sommerfeld.
„ 23978, Peter Mathes, Dreher, aus Hershetau.
„ 30545, Emil Goen, Schlosser aus Deuz.

Für die von ihren Aemtern zurückgetretenen Mitglieder der Revisionskommission T. H. Wert und Joh. Bauer wurden die Mitglieder Louis Schlegel, Gärtler, und Wilhelm Schneider, Goldschmied, zu Revisoren der Verbandskasse gewählt.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten ist: Former von Peine, Fellenhauer von Chemnitz, Dresden und Hagen-Delstern, sowie der Metallarbeiter aller Branchen von Haynau i. Schlesien, Obernorb a. N. und Penig i. S.

Alle für den Verband bestimmten Selbstsendungen sind bis auf Weiteres nur an die Adresse unseres 1. Vorsitzenden:

August Junge, Stuttgart, Kurzestr. 8, part.

zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprotokolle oder Delegirtensteuer ist.
Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Der Metallschläger Georg Wiltthaler aus Fürth in Bayern wird ersucht, seinen Verpflichtungen dem Verband gegenüber gerecht zu werden.

Korrespondenzen der General-Kommission.

Situationsbericht.
In Alteinburg i. S.-A. sind die Schuhmacher in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Forderungen sind: Bezahlung des von den Arbeitgebern im vorigen Jahre aufgestellten Lohnsatzes in allen Werkstätten, Abschaffung jeder Sonntagsarbeit und Auszahlung des Lohnes am Sonnabend. Um Fernhalten des Zuguges wird ersucht.
Adresse in Altenburg: G. G. abler, Ringstraße 4.

In Lauenburg a. E. haben die Maurer die Arbeit eingestellt; sie fordern einen Stundenlohn von 40 S und hoffen denselben auch zu erzielen, wenn fremde Kollegen den Ort meiden.

In Friedland i. M. sollen die Maurer eine halbe Stunde länger arbeiten, als es bisher üblich war. Auch hier wird es zum Ausstand kommen, indem man nicht gewillt ist, statt drei Monate im Jahre noch länger arbeitslos zu sein. Der Lohn beträgt dort 3 M pro Tag und wird daher kein Maurer sich verlocken lassen, den Kollegen durch Zugang ihre Sache zu erschweren.

In Morzenhain, wo die Maurer wegen Lohnforderung und Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeit eingestellt, haben die Unternehmer 2 1/2 M Aufschlag pro Stunde und eine halbe Stunde weniger Arbeitszeit bewilligt. Der Streik ist dadurch beendet.

Die Generalkommission.

Vermischtes.

Gewerbegerichte in Frankreich.
Während man in Deutschland ein Gesetz über die Gewerbebeschwerden herstellte, das in vielen Punkten den Ansprüchen der Arbeiter durchaus nicht genügen kann, war man gleichzeitig in Frankreich an der Arbeit, das dort bestehende Gesetz wesentlich zu verbessern. Diese Verbesserung ist jetzt zu Stande gekommen, sie ist, was sehr bemerkenswerth ist, von der Kammer der Deputirten einstimmig angenommen worden. Das neue Gesetz beugt die Wirksamkeit der Gewerbegerichte auf Industrie, Handel, Verkehr zu Land und

zu Wasser und auf die Landwirtschaft aus. Die Gerichte entscheiden endgültig bei Streitigkeiten bis zur Höhe von 500 Franken (400 M.). Berufungsinstanz bei höheren Streitsummen wird das Zivilgericht, wie bei uns. Welchen Ansehens diese Schiedsgerichte in Frankreich sich erfreuen, mag daraus erhellen werden, daß bei der bisherigen Einrichtung, wo die Gewerbegerichte nur bis zu 200 Franken (160 M.) endgültig entscheiden, in der Zeit vom Jahre 1879 bis 1888 b. J. in 10 Jahren von 410,280 anhängig gewordenen Sachen nur 2445 in die zweite Instanz kamen, also noch nicht ganz ein Prozent. In Paris wurden von der Behörde vier Wahlen von Beisitzern zum Schiedsgerichte für ungültig erklärt. Nun besteht dort die Einrichtung, daß der Ueberwachungs-Ausschuß der Gewerbegerichte, eine von den Pariser Fachvereinen eingesetzte Kommission, sich von den Kandidaten, die von den Fachvereinen bei der Wahl unterstützt werden, im Voraus die Entlassungsgesuche derselben ausstellen läßt und sie in Verwahrung nimmt. Genügt der Gewählte den Ansprüchen der Arbeiter nicht, so wird sofort sein Entlassungsgesuch vom Ueberwachungs-Ausschuß eingereicht. Als die vier Wahlen nach Ansicht der Arbeiter zu Unrecht ungültig erklärt wurden, nahm der Ueberwachungs-Ausschuß nach Zustimmung der betreffenden Organisationen die sämtlichen Entlassungsgesuche und reichte sie der Behörde ein. Es haben hiernach also fast sämtliche Schiedsrichter ihre Ämter niedergelegt. Die Sache kam im Stadtrathe zur Sprache, und fragte man bei dem Präfekten (Vollgepräfekt) an, wann die Neuwahlen ausgeschrieben werden sollen. Dieser erwiderte, er würde im Mai die Neuwahlen anordnen, aber nur für die vier ausgeschlossenen Schiedsrichter und für diejenigen, die durch Tod abgegangen sind. Die Amtsniederlegung derjenigen, deren Entlassungsgesuche durch den Ueberwachungs-Ausschuß eingereicht sind, würde er nicht anerkennen. Er schlägt sich auf eine Entscheidung des Staatsrathes, wonach Imperativ- (gebundene) Mandate keine Rechtsverbindlichkeit haben. Nun gibt es freilich kein Gesetz, welches gestattet, daß die Beisitzer der Gewerbegerichte ihre Entlassung im Voraus einem Komitee geben, aber auch kein Gesetz, welches dieses verbietet, und der Gewerberat nahm einen Antrag von Genossen Ballant, Chauvière, Louquet, Faillat, Berthaut, Prudent-Dervillers und Ruanez, meistens Sozialisten, an, die Stellen jener Beisitzer für erledigt zu erklären und den Präfekten zu ermahnen, auch für sie Neuwahlen auszusprechen. Man begründete diesen Antrag damit, daß man sagte, es stehe jedem Kandidaten frei, sein Entlassungsgesuch vorher zu unterzeichnen oder nicht. Hat er es gethan, so verlangt es die Ehrenhaftigkeit, die ein Beamter der Republik besitzen muß, gegebenen Falls die Unterschrift auch anzuerkennen. Das wäre ein Gebot der Sittlichkeit, das die Wähler von ihm verlangen könnten. „Bauphandw.“

Hilfsklassen. — Konferenz der Vorstände der eingeschriebenen Hilfsklassen. — Aus der Praxis der deutschen Unfallversicherung. — Die deutschen Gewerbegerichtswahlen. — Der belgische conseil supérieur du travail (oberster Arbeitstath). — Londoner Verhöhrungs-Akte. — Literatur: Das Wühlhauer Arbeiterbierziel, seine Dabeanhalten und Wasschlücken. (S. Hertner.) — Dr. Dr. H., Die Prostitution ihre Ursachen, ihre Folgen und ihre Bekämpfung.

Telegramm.

Widau. Zuzug von Metallkernfernhauten!

Briefkasten.

Bremen, Flensburg, Bernburg, Witten, Penig u. s. w. Wir bitten um frühere Uebersendung der Anzeigen. Dienstag Mittag müssen sie hier sein, nicht erst abends. Wenn wir die Zeitung pünktlich senden sollen, so muß auch andererseits Pünktlichkeit herrschen.

Wilhelmshafen. Das Konvert allein wog 11 (elf) Gram, kein Wunder also, daß wir 20 S Straßporto bezahlen mußten. Wozu ein solches Meisen-Konvert?

H. Sommerda. Derartige Anzeigen nehmen wir nicht auf.

G. Sch. in B. Ihr Vater hat deshalb keinen Anspruch auf Altersrente, weil er vor Inkrafttreten des Gesetzes schon pensionirt war.

An Mr. die es angeht. Wir erfragen, Anzeigen, Bestellungen, Anfragen u. s. w. immer separat auf ein Stück Papier zu schreiben und nicht auf die Rückseite von Berichten, da wir sonst nicht für richtige Ausführung garantiren können. Immer, und besonders bei Berichten, ist das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben.

Mehrere Einsendungen mußten für nächste Nummer zurückgestellt werden.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Barmen. Unsere Vereinsversammlungen sind vom Sonntag auf Dienstag verlegt. Nächste Versammlung Dienstag, 10. Mai, bei Wirtz C. Sohn, Fischertalerstraße.

Cöthen. Aufforderung. Der Former Reinhardt wird aufgefordert, seine Kassenangelegenheiten zu regeln, andernfalls wir gerichtlich vorgehen. Die Vorstände des Metallarbeiterverbandes wollen mir seine Adresse zukommen lassen. Robert Wajig.

Dessau. Nächste Mitglieder-Versammlung Sonnabend, 7. Mai, Abends 8 Uhr im „Cafe Helgoland“. In diesem Lokale finden unsere Versammlungen regelmäßig alle 14 Tage statt. Es wird ersucht, stets recht zahlreich zu erscheinen und soll dieses namentlich auch den säumigen Mitgliedern gelten, damit diese nun bald ihre Beiträge begleichen.

Elmhorn. Sonnabend, 7. Mai, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei W. Großmann, Flammweg.

Freising. Sonntag, 1. Mai, Mitglieder-Versammlung. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gewünscht wegen der Maifeier. Tagesordnung im Lokale.

Flensburg. Dienstag, 3. Mai, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung, Schleswiger Chaussee 6. L.-D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Einkassiren der Beiträge. Antrag des Kollegen Kallenger: Auflösung der Sektion der Klempner und Uebertritt zur allgemeinen Zahlstelle. Umänderung der Zeitungscolportage. Verschiedenes. Eine Stunde vor Eröffnung der Mitglieder-Versammlung findet in unserem Vereinslokale eine öffentliche Klempner-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Wahl von Vertretern zur Gewerkschafts-Kontrollkommission und Verschlebesch.

Freiburg i. S. Sonntag, 8. Mai, im Gasthof zu Friedberg Theater und Tanz.

Gassen. Maifeier! Sonntag, 1. Mai, Auszug seiner Sektionen nach der Ober-King. Abmarsch früh 5 Uhr vom Schützenhaus. Bei ungünstigem Wetter Frühshoppen im Verkehrslokale. Abends gemeinschaftliches Tanzkränzchen im Schützenhaus. Anfang 6 Uhr.

Gassen. (Sektion der Former). Sonnabend, 7. Mai, Abends 8 Uhr, Versammlung im Schützenhaus. Tagesordnung in der Versammlung. Wahl eines Vorsitzenden.

Göppingen. Samstag, 30. April, Einzählung und Abgabe der Karten zur Maifeier im Lokale Hirsch. NB. Nur diejenigen Mitglieder erhalten eine Eintrittskarte, welche mit ihren Beiträgen auf dem Laufenden sind.

Hamburg. (Sektion aller in Selbstthätigkeit, Gärtnereien und Metallreparaturen beschäftigten Arbeiter.) Mittwoch, 4. Mai, Abends halb 9 Uhr bei Herrn von Salzen, Kassamacherreihe 6-7, Mitglieder-Versammlung.

Hamburg. Aufforderung. Der Belgischer Stiefen, Hauptnr. 14461, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen die Zahlstelle Hamburg nachzukommen, da derselbe als Verhättskasser Beiträge erhoben, aber keine Quittungsmarken abgegeben hat. — Desgleichen wird der Schloffer Rädert Hauptnummer 24,652, ersucht, seinen Verpflichtungen gegen die Zahlstelle Hamburg nachzukommen und ersuchen wir die Filialbeamten, denselben hierauf aufmerksam zu machen.

Hamburg. Vorläufige Anzeigte. Am 15. Mai wird in Hamburg Sektion der Sektionen des Metallarbeiter-Verbandes eine Centralherberge am Groß-Neumarkt eröffnet für sämtliche zugereiste Metallarbeiter. Für gesunde Schlafräume, saubere Betten und gute Verpflegung wird Sorge getragen. Die Herbergskommission.

Hamburg. Zur Beachtung für die Klempner u. v. W. Hamburgs und Umgegend. Es soll wiederholt in jüngster Zeit vorgekommen sein, daß sog. Kollegen unter dem Minimaltarif von 1888 Arbeit angenommen haben. Wir warnen davor und erwarten, daß Derartige zur Anzeige gebracht wird im Sektions-Bureau, Schopenhof 22, II. Zugleich ersuchen wir, Ueberstunden und Vorarbeit möglichst zu vermeiden. Der Vorstand der Sektion.

Haps-Weberbauer. Sonntag, 15. Mai, Abends 6 Uhr bei Frohne, Mitglieder-Versammlung. Die Kollegen werden ersucht, sich recht zahlreich an der Maifeier in Hagen zu betheiligen. — Aufforderung. Unser früherer Bevollmächtigter August Godel wird hiermit ersucht, seinen Verpflichtungen gegenüber der Ortsverwaltung von Haps-Weberbauer gerecht zu werden.

Kaiserslautern. (Allgem.) Samstag, 7. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Friedrich Moritz, Mitglieder-Versammlung. L.-D. im Lokale. Die restierenden Mitglieder werden hiermit aufgefordert, ihren Pflichten nachzukommen, da wir sonst gezwungen sind, nach § 3 zu verfahren. Jedes Mitglied ist verpflichtet zu dieser Versammlung ein neues Mitglied mitzubringen.

Karlsruhe. Samstag, 7. Mai, Fortsetzung des Berichts vom Landtagsabgeordneten Dr. Mühl. Sonntag, 1. Mai, Abmarsch Nachmittags 2 Uhr von der Restauration Kalbach zur Maifeier ins Stephanienviad, Beterthelmu.

Kiel. (Allgem.) Mittwoch, 4. Mai, Abends 8 Uhr, Versammlung bei Wurn, Alte Reihe 8.

Konstanz. Die Reise-Unterstützung wird vom 1. Mai ab im Gasthaus zum Neuen Schiff, Abends von halb 8-8 Uhr und Sonntags von 12-1 Uhr ausbezahlt. Ebenfalls befindet sich das Verkehrslokale und der Arbeitsnachweis. Alle Briefe sind dorthin zu adressiren.

Leipzig. Aufforderung. Wir ersuchen folgende Personen um Angabe ihrer Adressen befalls Zustellung ihrer Mitgliedsbücher, welche sich in den Händen des Unterzeichneten befinden. Former Oswald John, geb. 2. Okt. 1867 zu Ober-Sangenau. Gärtner Otto Pohl, geb. 6. Debr. 1871 zu Berlin. Metallbrüder Georg Lauts, geb. 22. Jan. 1870 zu St. Leonhard, angeblich in Chemnitz. Schloffer Max Merkel, geb. 8. Nov. 1870 zu Merane. Former Ernst Meißner, geboren 9. Okt. 1871 zu Kleinsdorf. Gleichzeitig ersuchen wir die übrigen Ortsverwaltungen keine anderen Bücher auszustellen. Paul Schlemann, Lindenau-Leipzig, Harlortstr. 23.

Leipzig. Die Verhältnisse-Vertrauensleute des Westbezirks Leipzig, sowie diejenigen, welche keinem solchen unterworfen sind, werden ersucht, die Mitgliedsbücher bis 7. resp. 14. Mai im Restaurant Müller, Blagwitz, Bahnhofstr., befalls restirender Beiträge abzugeben. Der Vertrauensmann.

Limbach. Die Metallarbeiter Limbachs und Umgegend wollen sich recht zahlreich an der Maifeier betheiligen. Sonntag, 1. Mai, Mittags 1 Uhr, Sammlung im Gasthaus zur „Barlburg“, punkt 2 Uhr, gemeinschaftliche Theilnahme der Feier im „Hotel Johannesbad“. Festzelchen sind anzulegen.

Lüneburg. Dienstag, 3. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Lokale von J. C. Meyer, Nikolastiche 2, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung in der Versammlung.

Müden. Mittwoch, 4. Mai, Abends 8 Uhr bei Ledde, Bederstraße 3, Versammlung. Mit Schluß dieser Rechnungsperiode müssen sämtliche Mitgliedsbücher bei der Ortsverwaltung zwecks Revision eingeliefert werden. — Da wir die Erlaubnis erhalten haben, vom Lokale aus abzumarschiren, werden alle Mitglieder aufgefordert, Sonntag, den 1. Mai, Nachmittags 3 Uhr im Verkehrslokale, Bederstraße 3, zu erscheinen.

Neu-Buppin. Die Mitglieder des D. M.-A.-B. werden ersucht, sich recht zahlreich an der Mai-Demonstration zu betheiligen.

Neuwied. Samstag, 7. Mai, nächste Mitglieder-Versammlung und von da ab alle 14 Tage, Abends halb 9 Uhr im Vereinslokale bei Karl Böding. — Sonntag,

1. Mai, Nachm. 5 Uhr Tanzkränzchen nebst tomischen Vorträgen im Vereinslokale.

Nürnberg. (Sektion der Former.) Montag, 2. Mai, Abends 8 Uhr im „Wilden Mann“ in Wörth Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokale. Von halb 8 Uhr an Monatsrechnung.

Nürnberg. (Sektion der Feiler 2c.) Samstag, 30. April, nach Weenbürg der Maifeier-Versammlung, von 10 Uhr an: letzte Mitglieder-Versammlung im jetzigen Lokale „Reißertrunt.“ Sonntag, 1. Mai, zum Maifest im Schuster's Keller. Bei ganz ungünstiger Witterung: Vogner'sche Wirtschaft, Wunderburgstraße.

Nürnberg. (Sektion der Reißzeug-Fabrikanten.) Sonntag, Nachmittags 2 Uhr, Zusammenkunft im Vereinslokale. Von dort aus Abmarsch zum Festplatz.

Nürnberg. (Sektion der Roth- und Glodengießer.) Sonntag, 1. Mai, Mittags 2 Uhr, Abgang vom Lokale zum Festplatz. — Am 8. Mai von Nachmittags 3 Uhr an Mitglieder-Versammlung. Solt: das Maifest wegen ungünstiger Witterung am 8. stattfinden, so findet die Versammlung am 1. statt.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Samstag, 7. Mai, Abends halb 9 Uhr im Vereinslokale Mitglieder-Versammlung mit Vortrag über „Die Gewerkschaftsorganisation, ihre Bedeutung für die Arbeiter und ihre zukünftige Form.“ Referent: W. Noßlopf. — Sonntag 8. Mai, Nachmittags im Vereinslokale.

Osnabrück. Sonnabend, 7. Mai, Abends halb 9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Vereinslokale Maas. L.-D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlen der Beiträge. Diskussion. Verschiedenes.

Pforzheim. Maifeier. Samstag, Abends 8 Uhr, im „Niesen“ Theater. Den kommenden Tag: Sonntag, Morgens 9 Uhr, vom „Heidelberger Faß“ auf den Kirchhof zu Ehren der verstorbenen Genossen. 11 Uhr große Volksversammlung im „Niesen“. Um 2 Uhr Zusammenkunft im „Gold. Löwen“, um halb 3 Uhr zur Feilerei in Mühl's Halle.

Prags. Nächste Mitglieder-Versammlung Sonnabend, 7. Mai, Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Baasch.

Ravensburg. (Sektion der Former und Metallarbeiter.) Samstag, 30. April, Abends 8 Uhr, gemeinschaftliche Versammlung (Linde).

Reutlingen. (Allgem.) Die Hauptversammlung vom 30. April wird wegen der Singkünde auf 7. Mai verlegt. Alle Kollegen werden ersucht, die Hauptversammlung wie auch das am 1. Mai auf Sicker's Bierkeller stattfindende Maifest vollständig zu besuchen.

Schnitzling-Post. Sonntag, 8. Mai, Vorm. 10 Uhr, bei Spiegel in Wuggenhof, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokale.

Spreyer. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unser Verkehrslokale und Herberge im „Römischen Kaiser“ befindet. Wir ersuchen, nur dort zu verkehren. Reiseunterstützung wird bei S. Kompter, Johannisnberggasse 1, ausbezahlt. — Versammlungen finden alle 14 Tage statt.

Schwabach. Wir fordern den Metallarbeiter Anton Linhard, zur Zeit in Nürnberg, auf, seinen Verpflichtungen gegen die Tarifkommission der hiesigen allgem. Verwaltungsstelle nachzukommen.

Uloert. Sonntag, 1. Mai, fällt die Versammlung wegen der Maifeier aus. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, sich an der Maifeier zu betheiligen.

Leipzig. (Metallarbeiter-Verein.) Dienstag, 3. Mai, Abends halb 9 Uhr, Generalversammlung in den „Wohlfallen.“ L.-D.: Bericht des Vorstandes. Bericht des Kassiers. Ergänzungswahl des Vorstandes und Anträge der Mitglieder. Fragelasten. Diskussion.

Wiesbaden. Samstag, 30. April, halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Lokale zu den „Drei Königen“, Marktstr., früher „Gitar.“ L.-D.: „Die Bedeutung des Achtstundentages.“

Leipzig. (Metallarbeiter-Verein.) Dienstag, 3. Mai, Abends halb 9 Uhr, Generalversammlung in den „Wohlfallen.“ L.-D.: Bericht des Vorstandes. Bericht des Kassiers. Ergänzungswahl des Vorstandes und Anträge der Mitglieder. Fragelasten. Diskussion.

Wiesbaden. Samstag, 30. April, halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Lokale zu den „Drei Königen“, Marktstr., früher „Gitar.“ L.-D.: „Die Bedeutung des Achtstundentages.“

Anzeigen.

Socius-Gesuch. Ein tüchtiger junger Schloffer mit 3000 M. Kapital kann sich an einer gut eingerichteten Werkstatt betheiligen. Zu erfragen unter C. N. 100 in der Exp.

Hamburger Lederhosen, ausgeleitet haltbare Qualitäten und allerstärkste Näharbeit, 3brätliche à M. 8,50, 2brätliche à M. 6,00, sendet gegen Nachnahme überallhin franko. Angabe der Schrittlänge erforderlich.

D. Schürfuer in Bernburg, Saalplatz 2.

Mit dieser Nummer gelangt Nr. 9 des „Correspondenzblatt“ zum Vorschein.